

# Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD am 25. April 2009 Halle, Gerry Weber – Event & Convention-Center

## L | Leittrträge

(Lfd.-Nr. 1019)

**Antrag Nr. L001**  
**Landesvorstand**

Stand: 07.04.2009

**Empfehlung der AK**  
Annahme

### Leitantrag Fortschrittmotor Klimaschutz

- 1 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
- 2 Inhaltsverzeichnis
- 3
- 4 I. Einleitung
- 5
- 6 I.1 Klimaschutz ist eine zentrale Zukunftsaufgabe
- 7
- 8 I.2 Klimaschutz ist Regierungsaufgabe
- 9
- 10 I.3 Klimaschutz nutzt Verbrauchern und Wirtschaft
- 11
- 12 II. Fortschrittmotor Klimaschutz
- 13
- 14 II.1 Einen neuen Fortschritt durchsetzen
- 15
- 16 II.2 Ökologische Märkte fördern
- 17
- 18 II.3 Innovationen stärken
- 19
- 20 II.4 Arbeit und Umwelt gehören zusammen
- 21
- 22 III. Energieversorgung Nordrhein-Westfalens umgestalten
- 23
- 24 III.1 Energie – und Klimapolitik für alle Sektoren
- 25
- 26 III.2 Einen nachhaltigen Energiemix aufbauen
- 27
- 28 III.3 Energie effizient nutzen
- 29
- 30 III.4 Kraftwerkspark erneuern
- 31
- 32 III.5 Erneuerbare Energien beschleunigt ausbauen
- 33 III.6 Energieforschung stärken
- 34
- 35 III.7 Emissionshandel zum Nutzen Nordrhein-Westfalens gestalten
- 36
- 37
- 38 III.8 Bessere Energiepreise durch mehr Wettbewerb schaffen
- 39
- 40 III.9 Atomausstieg fortsetzen
- 41
- 42 IV. Besser leben - natürliche Lebensgrundlagen erhalten
- 43
- 44 IV.1. Ressourcen sichern und sparsamer nutzen
- 45
- 46 IV.2. Umweltschutz ist Gesundheitsschutz - Feinstaub und Lärm reduzieren
- 47
- 48
- 49 IV.3 Wasser ist Lebensmittel Nr. 1 und wichtige Ressource
- 50
- 51 IV.4 Biologische Vielfalt und Klima gemeinsam schützen
- 52
- 53 IV.5 Boden schützen und Flächenverbrauch reduzieren
- 54
- 55
- 56

Die Antragskommission schlägt einige Ergänzungen vor:

Ergänzung ab Zeile 118 nach "Innovationskraft"

Wir wollen mit gutem Beispiel vorangehen: Durch Maßnahmen im Gebäudebestand des Landes wollen wir unserer Vor- und Leitbildfunktion gerecht werden. Wir wollen, dass der Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen (BLB) die im Eigentum des Landes stehenden Liegenschaften in den nächsten zehn Jahren umfassend energetisch saniert. Wo möglich, sollen regenerative Energien zur Strom- und Wärmeerzeugung zum Einsatz kommen. Wir wollen, dass der BLB sich eigene Effizienzstandards für den Neubau und für Sanierungsmaßnahmen setzt, die deutlich über die gesetzlich vorgeschriebenen Bestimmungen hinausgehen. Zukünftige Neubauten sollen am Leitbild der CO<sub>2</sub>-Neutralität ausgerichtet sein.

Ergänzung ab Zeile 248 nach "einrichten"

11. Öffentlicher Nahverkehr ist Umwelt- und Klimaschutz!

Neben dem Ausbau der Straßennetze, wollen wir mit der Stärkung des ÖPNV die zentrale Alternative zum Individualverkehr definieren. Wir sehen uns einem geschärftem Umweltbewusstsein der Bevölkerung gegenüber stehen – mündige Bürger erwarten und fordern die Vorhaltung einer qualitativ hochwertigen Alternative zur individuellen Motorisierung. Nicht zuletzt ist ÖPNV Strukturpolitik und im Sinne weicher als auch harter Standortfaktoren ein wichtiger und in Zukunft an Gewicht hinzu gewinnender Faktor. Deshalb werden wir den ÖPNV stärken und die Forschung für alternative Kraftstoffe weiterentwickeln. Der ÖPNV muss bessere Angebote an die Bürgerinnen und Bürger machen, er muss pünktlich und preisgünstig sein und im Ballungsraum Rhein/Ruhr und auch in der Fläche, in Westfalen und im Rheinland und ein attraktiver Partner für die Menschen sein.

Ergänzung ab Zeile 569 nach "Naturgefahren"

Aufgrund der Endlichkeit von fossilen Brennstoffen ist trotz einer kurzfristig wirksamen Preisentspannung mit immer heftiger steigenden Preisen für Benzin und Diesel zu rechnen. Die Vorhaltung eines bezahlbaren ÖPNV ist somit eine wichtige Voraussetzung dafür, langfristig auch eine bezahlbare Mobilität der gesamten Bevölkerung sicherzustellen.

Ergänzung in Zeile 1343 nach "überwinden"

Diejenigen Städte und Gemeinden, die Stromnetze künftig wieder selbst betreiben wollen, werden wir unterstützen.

# Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD am 25. April 2009

## Halle, Gerry Weber – Event & Convention-Center

57 IV.6 Ländliche Räume stärken und umweltfreundliche Land-  
58 wirtschaft stützen

59

60 V. Verkehr richtig lenken

61

62 I. Einleitung

63

64 Unser Ziel ist klar: Wir wollen, dass das 21. Jahrhundert für die  
65 Menschen eine gute Zukunft bereithält und eine weitere Ver-  
66 besserung der Lebensqualität mit sich bringt. Wir wollen unse-  
67 ren Kindern und Enkeln gerechte Chancen für ein friedliches  
68 Leben in Wohlstand ermöglichen. Es geht um ein gutes Leben  
69 für alle in der einen Welt. Verantwortungsvolle Klimapolitik ist  
70 dazu notwendig. Sie ist - auch in Deutschland - inzwischen zur  
71 sozialen Frage geworden. Die hohen Energiepreise belasten  
72 nicht nur die Menschen, die auf staatliche Transferleistungen  
73 angewiesen sind. Auch die Normalverdiener spüren die Aus-  
74 wirkungen.

75

76 Wir wollen deshalb den Menschen helfen, immer weniger von  
77 der immer teurer werdenden Energie zu verbrauchen. Nur so  
78 können wir die Kostensteigerungen abfangen und gleichzeitig  
79 die ehrgeizigen Klimaschutzziele erreichen. Jetzt beim Klima-  
80 schutz auf die Bremse zu treten, würde uns schwer schaden.  
81 Viele Untersuchungen zeigen: Klimaschutz ist möglich und be-  
82 zahlbar. Es gibt auch wirtschaftlich keine Alternative zum Kli-  
83 maschutz, da ein Nicht-Handeln etwa 5- bis 15-mal so teuer  
84 wäre wie rechtzeitig die richtigen Maßnahmen zu er-greifen.  
85 Dabei ist klar: die Finanzkrise zwingt uns, beim Klimaschutz  
86 zuzulegen, damit die Unternehmen der Realwirtschaft Geld  
87 sparen können. Viele Beispiele aus der Industrie, von der Ab-  
88 scheidung klimaschädlichen Lachgases in der Chemie über den  
89 Einsatz hocheffizienter Pumpen bis hin zur Optimierung der  
90 Betriebslogistik belegen: Klimaschutz und wirtschaftlicher Er-  
91 folg sind in der betrieblichen Praxis längst kein Gegensatz  
92 mehr.

93

94 Wir wollen, dass auch Menschen mit kleinem und mittlerem  
95 Einkommen in einer lebenswerten Umgebung leben können.  
96 Wir wollen Feinstaub und Lärm reduzieren und mehr Grün in  
97 die Städte bringen. Konsequenter betriebener Klima- und Um-  
98 weltschutz fördert die soziale Gerechtigkeit. Menschen in be-  
99 nachteiligten Haushalten leben oft auch in einer stärker belas-  
100 teten Umwelt, z. B. an lauten und belasteten Straßen. Verbes-  
101 sern wir die Umweltsituation, verbessern wir gleichzeitig die  
102 soziale Lage dieser Menschen.

103

104 Auf nahezu allen Ebenen wird gehandelt. Deutschland setzt  
105 sich, angetrieben durch die SPD, in dem Gesamtprozess sehr  
106 ehrgeizige Ziele. Die Bundesregierung hat in Meseberg auf  
107 Vorschlag des sozialdemokratischen Bundesumweltministers  
108 Sigmar Gabriel ein Paket von Maßnahmen zur Klima- und  
109 Energiepolitik beschlossen. Für alle wichtigen Bereiche werden  
110 damit klare Prioritäten gesetzt und die national erforderlichen  
111 Maßnahmen beschrie-ben. Die Roadmap „Neues Denken –  
112 neue Energie“ zeigt, wie wir dies zum Nutzen der Menschen in  
113 Deutschland ganz praktisch erreichen können  
114 Nordrhein-Westfalen kann und muss Motor dieser Entwick-  
115 lung sein. Zukunft braucht Mut. Nur mit mutigen Veränderun-  
116 gen erreichen wir gleichzeitig mehr Klima- und Umweltschutz,  
117 neue Arbeitsplätze und eine höhere Innovationskraft.

Ergänzung ab Zeile 1721 nach "angepasst werden":

Die öffentliche Abwasserbeseitigung in NRW ist vorbild-  
lich. Privat vor Staat ist hier kein Zukunftsmodell!

Ergänzung ab Zeile 2072 nach "Daseinsvorsorge"

Die von der schwarz-gelben Landesregierung vorgenom-  
mene Priorisierung des motorisierten Individualverkehrs  
ist eine rückwärtsgewandte Entscheidung gegen die In-  
teressen der Menschen und der Umwelt. Der ÖPNV ist  
kommunale Daseinsvorsorge, an deren Beispiel sich die  
Leistungsfähigkeit öffentlicher Unternehmen beweist!  
Kommunale Unternehmen ermöglichen es, die Interessen  
von Nutzern, Beschäftigten und Umwelt zusammenzu-  
führen. Dabei sind sie nicht weniger wirtschaftlich als pri-  
vate Unternehmen! Denn: ÖPNV ist aus dem Alltagsleben  
vieler Menschen nicht wegzudenken. Der Weg zu Bil-  
dungseinrichtungen, zur Arbeit, zur/zum LebenspartnerIn,  
zum Einkauf oder nach einer Feier am Abend nach Haus:  
Vieles ginge ohne den ÖPNV nicht. Dabei muss der ÖPNV  
für alle bezahlbar bleiben. ÖPNV ist deshalb nicht auf  
Profit und Rendite ausgerichtet. Die konkreten Bedürf-  
nisse der Menschen, die ihn nutzen und auf ihn angewie-  
sen sind, definieren seine Standards. Deshalb ist Nahver-  
kehr niemals durch die Ticketpreise finanzierbar oder zu  
100% profitabel bzw. kostendeckend zu betreiben. Öff-  
entliche Zuschüsse und das Gebot der Wirtschaftlichkeit  
schließen sich dabei aber nicht aus - vielerorts sind leis-  
tungsfähige öffentliche Unternehmen entstanden, wel-  
che den direkten Vergleich mit privaten Unternehmen  
nicht scheuen brauchen. Es gibt keine Not, den Bereich  
des ÖPNV aus der kommunalen Daseinsvorsorge heraus-  
zulösen. Die Kommunalisierung des Nahverkehrs im Land  
Nordrhein-Westfalen hat sich bewährt – wir wollen daran  
festhalten! Während die Landesregierung NRW durch die  
Definition eines eigenen Landesnetzes Regionalisierungsmittel für die Sahnestücke des SPNV einbehält, wird den kommunalen Zweckverbänden Einfluss und finanzieller Spielraum geraubt. Aus unserer Sicht ist ÖPNV jedoch eine Aufgabe der Daseinsvorsorge, die vor allem in der Gemeinschaft vor Ort demokratisch zu regeln ist. Die Produktentwicklung im ÖPNV muss vorangetrieben werden. Das heißt: Fixe Schnellbusse, eng getaktete Stadtbusse, Nachtbusse bis in den frühen Morgen, Taxibusse dort wo sinnvoll und Mini- und Midibusse als Sammelverkehre in Vororten. Die Idee des Bürgerbusses ist hochaktuell. Dieses Engagement kann eine sinnvolle Ergänzung des ÖPNV-- Angebots darstellen – Leistungen der Daseinsvorsorge können aber nicht ersetzt werden durch bürgerschaftliches Engagement! Bürgerbusse dürfen kein Feigenblatt dafür werden, dass sich die öffentliche Hand sich aus der Anbindung von Siedlungen gerade im ländlichen Raum zurückzieht.

Ergänzung ab Zeile 2078 nach "unterstützen":

Das maßgeschneiderte Ticket für jeden Bereich – Jugend-  
liche, Senioren, Arbeitnehmer, Azubis, Freizeitsuchende –  
ist zu entwickeln. Hierzu gehört auch, dass Land und

# Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD am 25. April 2009

## Halle, Gerry Weber – Event & Convention-Center

118 NRW muss seinen Beitrag dazu leisten, dass Deutschland als  
119 das industrielle Kernland in Europa seine ehrgeizigen Klima-  
120 schutzziele erreicht. Die CDU/FDP-Landesregierung mit Minis-  
121 terpräsident Rüttgers steht beim Klimaschutz auf der Bremse  
122 und verspielt unsere Zukunft. Ein Fortschrittmotor Klima-  
123 schutz verbindet Ökonomie, Ökologie und soziale Gerechtig-  
124 keit zum Nutzen der Menschen in NRW. Deshalb werden wir in  
125 der neuen  
126 Landesregierung mit Hannelore Kraft als Ministerpräsidentin  
127 ein Sofortprogramm für NRW mit folgenden Maßnahmen auf  
128 den Weg bringen:

### 130 Fortschrittmotor Klimaschutz - Sofortprogramm für NRW

#### 132 1. Wir werden unsere Industrie zukunftsfest machen

134 Mit Einspartechniken und Effizienztechnologien werden wir  
135 den Einsatz von Energie und Rohstoffen drastisch senken und  
136 so die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie stärken. Mit  
137 einer Initiative für den modernen Industriestandort NRW wer-  
138 den wir die Akzeptanz bei den Menschen für industrielle Pro-  
139 duktion zurück gewinnen und dauerhaft stärken.

#### 141 2. Wir werden in NRW am Atomausstieg festhalten

143 Atomenergie ist von gestern und hat keine Zukunft, weil ihre  
144 Lasten für viele Jahrzehnte auf die nachfolgenden Generatio-  
145 nen verschoben werden. Sie löst keine Probleme, sondern  
146 schafft Probleme für die Menschheit. Längere Laufzeiten von  
147 Atomkraftwerken sind ein Investitionshemmnis für NRW. Sie  
148 gefährden den Ausbau der Erneuerbaren Energien und blockie-  
149 ren die Modernisierung des Kraftwerksparks. Neue Atomkraft-  
150 werke in NRW lassen wir nicht zu.

#### 152 3. Wir werden unsere Abhängigkeit von Energieimporten ver- 153 ringern

155 Der Import von Öl, Gas, Kohle und Uran kostet uns zig Milliar-  
156 den im Jahr. Durch Energieeinsparung werden wir den Ener-  
157 giebedarf senken. Wo möglich, setzen wir auf heimische Ener-  
158 gien. Sie sichern Wertschöpfung bei uns in NRW. Arbeitsplätze  
159 entstehen durch heimischen Bergbau, eigene Kraftwerke oder  
160 die Nutzung von Sonne, Wind, Wasserkraft und Biomasse.

#### 162 4. Wir werden unseren Stromverbrauch senken

164 Im Dialog mit Energieversorgern, Städten und Gemeinden,  
165 Verbraucherzentrale und Energieagentur werden wir den Bür-  
166 gerinnen und Bürgern, den Kommunen und kleinen und mitt-  
167 leren Unternehmen beim Stromsparen helfen. Hierzu werden  
168 wir alle Möglichkeiten nutzen - von der Energieberatung, dem  
169 Ausbau der Beratungsangebote der Energieagentur bis zu  
170 neuen Finanzierungsmodellen für sparsame Kühlschränke oder  
171 Waschmaschinen.

#### 173 5. Wir werden unsere heimischen Energiequellen konsequent 174 nutzen

176 Ein ständig steigender Anteil von Erneuerbaren Energien sowie  
177 unsere Braunkohle und unsere Steinkohle sind unsere Versi-  
178 cherung gegen die Preis- und Lieferisiken auf den Energie- und

Kommunen GeringverdienerInnen und SGB2 Empfänge-  
Innen in ihrem Mobilitätsbedürfnis durch gesonderte,  
landesweit geltende Angebote entgegen kommen. Dies  
ist zwar primär eine sozialpolitische Herausforderung,  
doch gerade von diesen Personengruppen wird in erhebli-  
chem Ausmaß Flexibilität erwartet und abgefordert. Der  
Tarifdschungel der unterschiedlichen Verbände muss  
entflechtet werden. Auch innovative Verknüpfungsmo-  
delle der Verkehrsträger – Park & Ride, Pendlercommuni-  
ties, Park & Drive, Car und Bike Sharing, – sind zu fördern.  
Die Steigerung der Nutzerkompetenzen soll vor allem  
durch die Berücksichtigung spezifischer Zielgruppen er-  
folgen. Gerade der demographische Wandel stellt uns vor  
die Herausforderung, Hemmschwellen Älterer zur Nut-  
zung des ÖPNV abzusenken. Viel stärker soll der ÖPNV als  
die attraktive Alternative zum Auto hervorgehoben wer-  
den. Zum Einsatz modernster Technik muss es zur Siche-  
rung der Barrierefreiheit kommen. Überlegt werden sollte,  
ob nicht Kurse zu Nutzung des ÖPNV in Kooperation mit  
Trägern der Weiterbildung vor Ort angeboten werden  
sollten. Auch simplere Fahrkartenautomaten wären ein  
wichtiger Schritt.

## **Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD am 25. April 2009 Halle, Gerry Weber – Event & Convention-Center**

179 Rohstoffmärkten der Welt. Deshalb setzen wir uns für den  
180 weiteren planmäßigen Braunkohlenabbau und einen Sockel-  
181 bergbau in der Steinkohle ein. Unsere heimischen fossilen  
182 Rohstoffe bewahren wir auch als stoffliche Basis unserer In-  
183 dustrie, auf der unser Wohlstand beruht,

184

185 6. Wir werden den Erneuerbaren Energien in NRW zum Durch-  
186 bruch verhelfen

187

188 Derzeit liegt NRW auf einem beschämenden 12. Platz im Ver-  
189 gleich der Bundesländer. Das werden wir ändern. Hemmnisse  
190 für den Ausbau der Erneuerbaren Energien werden wir syste-  
191 matisch abbauen. Wir werden ein Programm „1.000.000 Dä-  
192 cher Solarthermie“ auflegen. Wir werden dem Repowering von  
193 Windenergieanlagen in NRW zum Durchbruch verhelfen. Des-  
194 halb werden wir bestehende Windräder durch modernere, leis-  
195 tungsfähigere und leisere Anlagen ersetzen. An vielen Stand-  
196 orten kann so mit weniger Anlagen als heute mehr Strom pro-  
197 duziert werden.

198

199 7. Wir werden hocheffiziente und klimafreundliche Kohle-  
200 kraftwerke fördern

201

202 Wir haben durchgesetzt, dass diejenigen Stromproduzenten  
203 Investitionszuschüsse erhalten können, die auf neue hocheffi-  
204 ziente Kraftwerke setzen. Diese Fördermöglichkeiten stehen  
205 großen und kleinen Energieversorgern gleichermaßen offen,  
206 die in Kraft-Wärme-Kopplung oder Kondensationskraftwerke  
207 mit besonders hohen Wirkungsgraden investieren wollen.

208

209 8. Wir werden unsere Stadtwerke stärken

210

211 Der Energiemarkt wird immer noch beherrscht von den vier  
212 großen Energiekonzernen. Wir werden den Stadtwerken in  
213 NRW wieder eine breite wirtschaftliche Betätigung im Energie-  
214 markt ermöglichen, um damit den Wettbewerb zu stärken und  
215 neue, innovative und dezentrale Strukturen für Energieerzeu-  
216 gung und Dienstleistungen zu schaffen. Deshalb werden wir  
217 den § 107 der Gemeindeordnung ändern.

218

219 9. Wir werden die Kraft-Wärme-Kopplung ausbauen und ein  
220 Fern- und Nahwärme-programm für NRW auflegen

221

222 Strom wird heute noch zum größten Teil in Kraftwerken er-  
223 zeugt, die Wärme ungenutzt an die Umgebung abgegeben. In  
224 der Nachbarschaft vieler Kraftwerke werden zum Teil schlecht  
225 isolierte Gebäudebestände mit Öl, Gas oder sogar mit Strom  
226 beheizt. Um Kosten zu sparen, Ressourcen zu schonen und das  
227 Klima zu schützen, werden wir die gemeinsame Erzeugung und  
228 Nutzung von Strom und Wärme im Dialog mit den Städten und  
229 Gemeinden nach vorne bringen. Wir werden dazu z. B. die  
230 Wärmeauskopplung in Kraftwerken, den Bau und Ausbau von  
231 Nah- und Fernwärmenetzen und den Austausch umwelt-  
232 schädlicher Elektroheizungen fördern (Zukunftsinvestitions-  
233 programm / ZIP 3).

234

235 10. Wir werden Stromtankstellen an Rhein und Ruhr einrichten

236

237 Der Autoverkehr ist laut, verantwortlich für gesundheitsschäd-  
238 liche Staub und Schadstoffe und klimaschädlich. Von den mo-  
239 dernen PKW-Konzepten lässt gerade im Ballungsraum Rhein-

## Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD am 25. April 2009 Halle, Gerry Weber – Event & Convention-Center

240 Ruhr die Elektromobilität in den nächsten Jahren die größten  
241 Fortschritte erwarten. Der Einsatz von Elektromobilität ermög-  
242 licht eine noch bessere Integration der Erneuerbaren Energien  
243 in eine nachhaltige Energieversorgung. Deshalb werden wir  
244 uns auf den Ausbau der Elektromobilität konzentrieren. Wir  
245 werden an Rhein und Ruhr im Dialog mit der Autoindustrie,  
246 der Energiewirtschaft und der Forschung Stromtankstellen  
247 einrichten.

248

249 Die NRWSPD setzt dabei auf die Gestaltungskraft der Men-  
250 schen und auf technologischen Fortschritt. Mit der hier vorge-  
251 legten umfassenden Strategie legen wir ein Konzept vor, mit  
252 dem es gelingen wird, Ökonomie und Ökologie im 21. Jahrhun-  
253 dert zu wechselseitigem Nutzen zu entwickeln und damit  
254 nachhaltiges Wachstum und neuen Fortschritt zu ermöglichen.  
255 Unser Leitprinzip heißt Nachhaltigkeit. Damit verbinden wir  
256 ökonomische und ökologische Innovationskraft eng mit sozia-  
257 ler Gerechtigkeit. Nachhaltigkeit ist auch Richtschnur für die  
258 sozialdemokratische Neuausrichtung unserer Wirtschaft: Die  
259 neuen Chancen, die wir durch einen konsequenten Umbau der  
260 Industriegesellschaft zu einer zukunftsfähigen Volkswirtschaft  
261 eröffnen, müssen genauso fair verteilt werden, wie die Lasten,  
262 die in diesem Prozess entstehen.

263

264 Diese großen Herausforderungen erfordern neue Konzepte  
265 und mutige Vorreiter. Dafür sind leistungsfähige Unternehmen  
266 und Regionen erforderlich, aber auch starke Länder, die eine  
267 Vorreiterrolle übernehmen. Wir sind dazu bereit – in Nord-  
268 rhein-Westfalen, in Deutschland und in der Europäischen Uni-  
269 on.

270

271 Wir bekennen uns zum Industriestandort NRW. Unsere Indus-  
272 triepolitik orientieren wir an den Bedürfnissen der Menschen.  
273 Für wirtschaftlichen Erfolg sind leistungsfähige, ertragsstarke  
274 Unternehmen erforderlich. Leistungsfähige Unternehmen sind  
275 ein Garant für den Wohlstand aller. Wirtschaftliche Kennzah-  
276 len dürfen dabei aber kein Selbstzweck sein. Nachhaltige Wirt-  
277 schaftspolitik stellt den langfristigen Nutzen für die Arbeit-  
278 nehmerinnen und Arbeitnehmer über kurzfristige Renditeer-  
279 wartungen. „Made in Germany“ ist ein weltweites Markenzei-  
280 chen und hat uns zum Exportweltmeister gemacht. Dies haben  
281 wir nicht durch Billigproduktion erreicht, sondern durch stän-  
282 dige Fortschritte bei unseren qualitativ hochwertigen Produk-  
283 ten. Wir in NRW haben die Kompetenz, wirtschaftlichen Wohl-  
284 stand und soziale Teilhabe, Atomausstieg und Klimaschutz in  
285 Einklang zu bringen und damit die Grundlagen unseres Wohl-  
286 standes zu erhalten.

287

288 Die Menschen erwarten auch einen klaren politischen Kurs in  
289 der Politik gegenüber den Herausforderungen des Klimawan-  
290 dels. Diese Erwartungen bestehen quer durch die Gesell-  
291 schaft; Unternehmen, Städte und Gemeinden wie auch Bürgerinnen  
292 und Bürger wollen Sicherheit für die Zukunft und Lebenspla-  
293 nung.

294 Um erfolgreich zu sein, brauchen wir einen gesellschaftlichen  
295 Konsens in Wissenschaft und Wirtschaft, Politik und Verbän-  
296 den, bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern. Gemeinsam  
297 mit den Gewerkschaften wollen wir vor allem die Chancen für  
298 neue Beschäftigung, die aus einer konsequenten ökologischen  
299 Industriepolitik erwachsen, dazu nutzen, zukunftsfähige Ar-  
300

## **Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD am 25. April 2009 Halle, Gerry Weber – Event & Convention-Center**

301 beitsplätze zu schaffen, die den Kriterien von guter Arbeit ge-  
302 nügen.

303

304 Die NRWSPD ist bereit und entschlossen, Motor dieser Ent-  
305 wicklung zu sein. Zukunft braucht Mut.

306

307 I.1 Klimaschutz ist eine zentrale Zukunftsaufgabe

308

309 Der Schutz unseres Klimas und der natürlichen Lebensgrundla-  
310 gen gehört zu den größten politischen Herausforderungen.  
311 Schon jetzt spüren wir die Folgen des Klimawandels. Die Erder-  
312 wärmung hinterlässt überall ihre Spuren, sie verursacht schon  
313 heute Milliardenschäden, sie bedroht unsere Gesundheit und  
314 unseren Wohlstand. Nicht zuletzt der Orkan Kyrill hat dazu  
315 beigetragen, dass auch die Menschen in NRW Klimaschutz  
316 hautnah als eine der zentralen Herausforderungen des 21.  
317 Jahrhunderts begreifen. Er hat auch gezeigt, wie vielschichtig  
318 und weitreichend die Anforderungen sind, die der Klimawandel  
319 an verantwortliche Politik stellt. Und schließlich: Er trifft über-  
320 all auf der Welt die ärmsten Bevölkerungsschichten besonders  
321 hart; Klimaschutz ist ein Gebot entwicklungs-, sicherheits- und  
322 friedenspolitischer Vernunft.

323

324 Klimapolitik ist auch in Deutschland schon lange eine soziale  
325 Frage geworden. Die steigenden Energiepreise belasten nicht  
326 mehr nur die Menschen die staatliche Transferleistungen be-  
327 ziehen. Auch die Normalverdiener spüren die Auswirkungen.  
328 Ein wichtiges Ziel der Politik muss es sein, den Menschen zu  
329 helfen, immer weniger von der immer teurer werdenden Energie  
330 zu verbrauchen. Nur so können die Kostensteigerungen ab-  
331 gefangen werden.

332 Haushalte mit einem geringen Einkommen und ohne die Mög-  
333 lichkeit, Vermögen anzusparen sind die Verlierer in der Gesell-  
334 schaft. Die steigenden Energiekosten führen zu Verschuldung  
335 und Überschuldung, Bildungsferne, gesundheitlichen Schäden  
336 und weiterem Verzicht auf gesellschaftliche Teilhabe. Von den  
337 18.000.000 Menschen in NRW gelten 2.582.309 als armutsge-  
338 fährdet, das entspricht 14,3 % der Bevölkerung. Diese Men-  
339 schen haben dann weniger als 615 € im Monat zur Verfügung.

340

341 Andere Statistiken zeigen auf, dass seit 2002 knapp ein Viertel  
342 der Bevölkerung weniger als 60% des durchschnittlichen Pro-  
343 Kopf-Einkommens zur Verfügung hat und von daher davon  
344 ausgegangen werden kann, dass ein Viertel der Bevölkerung  
345 über keinerlei finanzielle Ressourcen verfügt. Die Haushalte,  
346 die dem untersten Fünftel der Einkommensverteilung angehö-  
347 ren, geben im Durchschnitt mehr Geld aus, als sie einnehmen.  
348 Daher verfügen sie über keinerlei Möglichkeit, Ansparungen  
349 für notwendige Anschaffungen wie Kühlschrank, Fahrrad oder  
350 für unkalkulierbare Wechselfälle des Lebens wie Erkrankung  
351 des Partners/der Partnerin oder Arbeitslosigkeit anzusparen.  
352 Auch der Aufbau einer zusätzlichen privaten Altersversorgung  
353 ist so kaum möglich. Über 2/3 der Einnahmen (71,4 %) werden  
354 für den Lebensunterhalt (Wohnen, Ernährung, Kleidung, Ge-  
355 sundheit) ausgegeben.

356

357 Dass die Anzahl der verschuldeten Haushalte steigt (2005 min-  
358 destens 720.000 Personen in NRW), ist nicht verwunderlich.  
359 Reicht doch schon ein unkalkulierbarer Wechselfall des Lebens  
360 oder eine Strom- und Heizkostennachzahlung aus, um den ge-  
361 samten Haushaltsplan ins Wanken zu bringen. Personen und

## Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD am 25. April 2009 Halle, Gerry Weber – Event & Convention-Center

362 Haushalte, die Leistungsempfänger und -empfängerinnen  
363 nach dem SGB II (umgangssprachlich: Hartz IV) oder SGB XII  
364 (Sozialhilfe) sind, sollten ihre Heizkosten in angemessener  
365 Höhe erstattet bekommen. Die Stromkosten sind anteilig im  
366 Regelsatz enthalten.

367 Die energetische Sanierung von Gebäuden muss gerade für  
368 diejenigen durchgesetzt werden, die heute in schlecht isolier-  
369 ten Wohnungen leben. Der Schutz von den Auswirkungen des  
370 Klimawandels darf keine Frage des Einkommens sein. Für die  
371 SPD steht auch bei der Klimapolitik der Mensch im Mittelpunkt  
372 unseres Handelns.

373

374 Gerade NRW zählt dank der Stärke seiner Industrie zu den Ge-  
375 winnern der Globalisierung. Aber nicht jeder in unserem Land  
376 hat gewonnen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erleben,  
377 dass selbst florierende Unternehmen verlagert werden. In Zei-  
378 ten von Globalisierung und ökologischen Herausforderungen  
379 ist Nachhaltigkeit unser Grundprinzip politischen und wirt-  
380 schaftlichen Handelns. Das Prinzip Nachhaltigkeit bedeutet:  
381 von der Zukunft her denken; dem Primat der Kurzfristigkeit  
382 und der Dominanz der rein betriebswirtschaftlichen Logik wi-  
383 derstehen. Unser Verständnis von Fortschritt im 21. Jahrhun-  
384 dert verlangt die Verbindung von sozialer, ökonomischer und  
385 ökologischer Verantwortung: Qualitatives Wachstum und Ver-  
386 besserung der Lebensqualität, Erweiterung von Lebensmög-  
387 lichkeiten und individueller Frei-heit durch Gestaltung der  
388 Technik, wissenschaftlichen Fortschritt und verantwortlichen  
389 Um-gang mit den begrenzten natürlichen Ressourcen und den  
390 unbegrenzten Möglichkeiten menschlicher Kreativität. Dies gilt  
391 in ganz Deutschland und in Nordrhein-Westfalen umso mehr.

392

393 I.2 Klimaschutz ist Regierungsaufgabe

394

395 Auch durch die neuen globalen Herausforderungen wachsen  
396 der Politik neue Aufgaben zu. Hierzu gehören der Klimaschutz,  
397 die soziale Integration von Millionen Menschen und der demo-  
398 graphische Wandel. Knapper werdende Ressourcen und Klima-  
399 katastrophen bergen ein enormes Konfliktpotenzial. Klima-  
400 schutz und Zugang zu Energie, Rohstoffen und Wasser sind im  
401 globalen Zeitalter eine herausragende Frage der internationa-  
402 len Sicherheit. Erneuerbare Energien und die Steigerung der  
403 Energieeffizienz sind Schlüssel zu einer friedlichen Entwick-  
404 lung.

405

406 Das Ziel für Deutschland ist klar formuliert: wir wollen bis zum  
407 Jahr 2020 insgesamt 270 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> jährlich einsparen,  
408 das entspricht einer Minderung von 40% gegenüber 1990. Die  
409 Bundesrepublik folgt damit den Empfehlungen der Wissen-  
410 schaft und bleibt Vorreiter im internationalen Klimaschutz.  
411 Dies ist gut für das Klima, gut für die Wirtschaft und gut für die  
412 Menschen in Deutschland.

413

414 Die Roadmap für Klima, Energie und Wachstum von Bun-  
415 desumweltminister Sigmar Gabriel nennt folgende Bausteine  
416 für die Klima- und Energiepolitik bis zum Jahr 2020:

417

- 418 1. Wir werden die Energieversorgung dauerhaft sicherstellen.
- 419 2. Wir werden unsere Energiekosten senken und 500.000 neue  
420 Arbeitsplätze schaffen.

421

422

## **Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD am 25. April 2009 Halle, Gerry Weber – Event & Convention-Center**

423 3. Wir werden mehr als 30 % des Stroms aus erneuerbaren  
424 Energien gewinnen.

425 4. Wir werden den Atomausstieg bis 2022 umsetzen.

426 5. Wir werden 40 % des Stroms aus hocheffizienten Kohle-  
427 kraftwerken bereitstellen.

428 6. Wir werden eine bundesweite Netz-Gesellschaft gründen  
429 und unser Stromnetz umweltverträglich und effizient ausbau-  
430 en.

431 7. Wir werden unseren Stromverbrauch um 11 % senken.

432 8. Wir werden den fossilen Wärmebedarf um mindestens 25 %  
433 senken und die Kraft-Wärme-Kopplung auf 25 % verdoppeln.

434 9. Wir werden unsere Emissionen im Verkehr um mindestens  
435 20 % senken.

436 10. Wir werden die internationalen Klimaverhandlungen zum  
437 Erfolg führen.

438

439 Nordrhein-Westfalen muss und kann seinen Beitrag hierzu  
440 leisten, hat durch seine Stärken in Industrie, Dienstleistungen  
441 und Wissenschaft aber auch die größten Chancen.

442 Dies zeigen einige wenige Zahlen: NRW hat alleine einen Anteil  
443 von 27 % am deutschen Energieverbrauch. Noch deutlicher ist  
444 die Lastenverteilung in der Energiewirtschaft und in der Indus-  
445 trie: ca. 44 % der CO<sub>2</sub>-Emissionen, die vom Emissionshandel  
446 umfasst sind, entstehen in NRW. In Nordrhein-Westfalen mit  
447 ca. 18. Mio. Einwohnern auf einer Fläche ca. 34.000 km<sup>2</sup> ist die  
448 Bevölkerungsdichte mit 530 Einwohnern pro km<sup>2</sup> mehr als  
449 doppelt so groß wie im Bundesschnitt und 7-mal so groß wie z.  
450 B. in Mecklenburg-Vorpommern. Im Flächenland Mecklenburg-  
451 Vorpommern und im Industrieland Nordrhein-Westfalen müs-  
452 sen wir deshalb verschiedene Wege gehen, um unser gemein-  
453 sames Klimaschutzziel zu erreichen.

454

455 Für die zukunftsfähige Ausgestaltung des Zukunftsmotors Kli-  
456 maschutz in Deutschland kommt es deshalb auf Nordrhein-  
457 Westfalen an:

- 458 • Ohne NRW sind die deutschen Klimaschutzziele nicht zu  
459 erreichen.
- 460 • NRW ist von den notwendigen Maßnahmen besonderes  
461 betroffen.
- 462 • In NRW ist das Know-how für emissionsarme und effizi-  
463 ente Technologien im besonderen Maße vertreten.

464

465 Wir überwinden den scheinbaren Gegensatz von Umwelt und  
466 Arbeit. Wir verbinden beide. Dies ist für das Energie- und In-  
467 dustrieland Nordrhein-Westfalen von überragender Bedeu-  
468 tung. Unsere Antwort auf den Klimawandel ist eine ökologi-  
469 sche Industriepolitik, die den Klimaschutz als Fortschrittsmotor  
470 nutzt, nicht eine De-Industrialisierung. Auch deshalb ist es  
471 wichtig, Kohle, Öl und Gas als stoffliche Basis unserer Industrie  
472 so lange wie notwendig zu bewahren, um unseren Wohlstand  
473 zu sichern. Sie sind zu kostbar, um nur verheizt zu werden.

474

475 Das Jahr 2008 hat dies allen deutlich vor Augen geführt, es  
476 markiert eine Zeitenwende. Die Finanzmarktkrise hat gezeigt,  
477 wie weit sich bestimmte Teile der Weltwirtschaft von der Rea-  
478 lität entfernt haben. Die Finanzkrise hat dabei diejenigen Staa-  
479 ten besonders hart getroffen, die nicht über eine leistungsfä-  
480 hige Industrie verfügen. Gerade dann, wenn die Seifenblasen  
481 internationaler Finanzjongleure zerplatzen, ist klug, sich auf  
482 echte Werte zu besinnen.

483



## **Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD am 25. April 2009 Halle, Gerry Weber – Event & Convention-Center**

484 Eine zentrale Erkenntnis der Finanzmarktkrise ist, dass mo-  
485 derne Wirtschaftspolitik auf industrielle Wertschöpfung nicht  
486 verzichten kann. Die SPD hat in der großen Koalition durchge-  
487 setzt, dass die energetische Sanierung der sozialen Infrastruk-  
488 tur in den Kommunen und die energetische Sanierung von  
489 Großwohnsiedlungen Schwerpunkte in den Konjunkturpake-  
490 ten I und II werden. Damit tun wir gleichzeitig etwas für den  
491 Klimaschutz, die Kommunalfinanzen und für viele Mieter. In  
492 NRW müssen solche Ansätze verstärkt und verstetigt werden.  
493 z. B. durch umfangreiche Programme der Wohnungsbauförde-  
494 rungsanstalt für den sozialen Wohnungsbau.

495  
496 Die Menschen werden sich angesichts des Zusammenbruchs  
497 der Finanzmärkte bewusst: Das radikale "Privat vor Staat" bie-  
498 tet keine Lösung für die Probleme der Gemeinschaft, sondern  
499 schadet ihr. Die Menschen erwarten zu Recht, dass die Politik  
500 ihrer Verantwortung gerecht wird. Sie muss Fragen beantwor-  
501 ten und sie muss jetzt Entscheidungen für eine positive Zu-  
502 kunft für alle treffen. Gleichzeitig erleben wir eine zuneh-  
503 mende Skepsis in breiten Bevölkerungskreisen gegenüber in-  
504 dustriepolitischen Großprojekten in Nordrhein-Westfalen, auf  
505 die die schwarz-gelbe Landesregierung keine Antwort gibt. Wir  
506 wollen gemeinsam mit den Unternehmen unseren Beitrag  
507 leisten, dass die über Jahrzehnte in NRW gewachsene Akzep-  
508 tanz von industriellen Großprojekten wieder zurück gewonnen  
509 wird. Dabei ist Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die  
510 Aufgabe des Staates klar: Weder eine Bevormundung der  
511 Menschen noch ein Rückzug des Staates aus der gesellschaftli-  
512 chen Verantwortung werden den zu bewältigenden Heraus-  
513 forderungen gerecht. Deshalb ist die neoliberale Ideologie "Pri-  
514 vat vor Staat" genau so falsch wie eine Ideologie "Staat vor Pri-  
515 vat".

516 Wir stehen für den vorsorgenden Sozialstaat, der die Leitplan-  
517 ken für ein nachhaltiges wirtschaftliches Handeln setzt.

518  
519 In einer sozialdemokratisch geführten Landesregierung packen  
520 wir folgendes in einem „Sofortprogramm Fortschrittsmotor  
521 Klimaschutz für NRW“ an:

522  
523 **I.3 Klimaschutz nutzt Verbrauchern und Wirtschaft**

524  
525 Für Sozialdemokraten steht der Mensch im Vordergrund. Ar-  
526 beiten, wohnen und gut leben sind Grundbedürfnisse aller  
527 Menschen.

528  
529 **Besser arbeiten für alle Menschen in NRW durch mehr Klima-  
530 schutz**

531  
532 Jeder Mensch hat das Recht auf Arbeit. Deshalb wollen wir  
533 Vollbeschäftigung. Eine konsequente Klimaschutzpolitik kann  
534 Fortschrittsmotor für gute Arbeit sein; sie führt zu neuen Pro-  
535 dukten, Dienstleistungen, zu neuer Wertschöpfung und neuen  
536 zukunftsfesten Arbeitsplätzen; Klimaschutz ist ein Moderni-  
537 sierungsprogramm für unsere Volkswirtschaft. Die Erforschung  
538 und Entwicklung von neuen Werkstoffen und neuen chemi-  
539 schen Produkten, von hocheffizienten Anlagen und Maschinen  
540 senken Verbrauch und Kosten der privaten Haushalte und der  
541 Unternehmen. Forschung und Entwicklung in Klimaschutz-  
542 technologien führen zu neuen Produkten und neuen Dienst-  
543 leistungen, die in Deutschland, Europa und weltweit nachge-  
544 fragt werden - schon heute und noch mehr morgen. Die Stär-

## Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD am 25. April 2009 Halle, Gerry Weber – Event & Convention-Center

545 kung der erneuerbaren, heimischen Energien verhindert eine  
546 noch größere Abhängigkeit von Energieimporten.

547

548 Besser wohnen für alle Menschen in NRW durch mehr Klima-  
549 schutz

550

551 Wohnen ist ein Grundbedürfnis aller Menschen. Durch neue  
552 Heizungen und bessere Isolierung steigern wir den Wohnkom-  
553 fort und senken die Nebenkosten. Wir wollen damit die  
554 „zweite Miete“ begrenzen. Wohnraum muss für alle bezahlbar  
555 sein. Gerade auch deshalb setzen wir auf erneuerbare, heimi-  
556 sche Energien, auf ein ehrgeiziges Programm für Sonnen-  
557 wärme und Erdwärme sowie auf den Ausbau der umwelt-  
558 freundlichen Kraft-Wärme-Kopplung (Vorbild: 100.000 Dächer  
559 Programm, 50 Solarsiedlungen NRW).

560

561 Besser leben für alle Menschen in NRW durch mehr Klima-  
562 schutz:

563

564 Sparsame und sauberere Autos, gut isolierte Häuser, der Ein-  
565 satz von Solar- und Erdwärme senken Ressourcenverbrauch  
566 und Kosten - und steigern die Lebensqualität. Wirksamer Kli-  
567 maschutz hilft unserer Umwelt und fördert unsere Gesundheit,  
568 hält unsere Städte, Dörfer und Landschaften lebenswert und  
569 mindert Bedrohungen durch Naturgefahren.

570

571 Klimaschutz in NRW im Jahr 2008: schwarz-gelbe Landesregie-  
572 rung versagt

573

574 "Privat vor Staat" ist eine lebensfremde Ideologie und kein  
575 Konzept gegen den Klimawandel - Regierungshandeln ist ge-  
576 fragt. Die schwarz-gelbe Landesregierung ignoriert den Klima-  
577 wandel und verpasst damit einzigartige wirtschaftliche Chan-  
578 cen für das Energieland Nordrhein-Westfalen:

- 579 • Das konkrete Klimaschutzkonzept für NRW, dass die SPD  
580 in Regierungsverantwortung bis 2005 erarbeitet hat, wird  
581 nicht weiter entwickelt.
- 582 • Die Landesregierung hat im Mai 2008 ein so genanntes  
583 Klima- und Energiekonzept vorgelegt, dass keine konkre-  
584 ten Maßnahmen für CO<sub>2</sub>-Minderungsziele für NRW ent-  
585 hält. In fast vier Regierungsjahren ist des CDU und FDP  
586 noch nicht einmal gelungen, eine Studie in Auftrag zu ge-  
587 ben, die das Potenzial für Kraft-Wärme-Kopplung in NRW  
588 ermittelt.
- 589 • Der ideologische Feldzug gegen die Windenergie schadet  
590 unserem Land und kostet Arbeitsplätze. Das Bochumer  
591 Unternehmen Eickhoff fertigt neue Windkraftgetriebe  
592 jetzt in Sachsen. Bei der Nutzung der Erneuerbare Energien  
593 hat die schwarz-gelbe Landesregierung das einst stolze  
594 Energieland NRW im Vergleich der Bundesländer auf einen  
595 beschämenden 12. Platz geführt.
- 596 • Im Landtag haben CDU und FDP einen Sonderausschuss  
597 Klimawandel mit allen Mitteln verhindert. Sie wollten  
598 nicht, dass die Ressortstreitigkeiten innerhalb der Landes-  
599 regierung offenkundig werden.
- 600 • Das Kraftwerkserneuerungsprogramm, mit dem die  
601 Stromerzeugung 30 % effizienter werden kann, stockt  
602 trotz vollmundiger Ankündigungen in der Regierungser-  
603 klärung des Ministerpräsidenten. Erste Projekte liegen be-  
604 reits auf Eis. Der schwarz-gelbe Feldzug gegen die Stadt-  
605

## Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD am 25. April 2009 Halle, Gerry Weber – Event & Convention-Center

606 werke drängt diese als wichtige neue Marktteilnehmer an  
607 den Rand und schwächt den Wettbewerb.

- 608 • Wir in NRW sind vor Jahrzehnten aus der Atomenergie  
609 ausgestiegen. Schwarz-gelb redet der Atomlobby das  
610 Wort, um wirksamen Klimaschutz zu umgehen; Aussagen  
611 zu Standort und Endlagerung werden verweigert. CDU und  
612 FDP wollen die Wiederbelebung der Atomenergie.
- 613 • Die Mittel für die Effizienzberatung der kleinen und mitt-  
614 leren Unternehmen wurden brutal zusammengestrichen  
615 (Produktionsintegrierter Umweltschutz - PIUS); die Förde-  
616 rungen der erneuerbaren Energien aus dem erfolgreichen  
617 REN-Programm wurden halbiert. Dies schadet dem Klima,  
618 der Innovationskraft und der Wettbe-werbsfähigkeit un-  
619 serer Unternehmen. Beim Anteil der Unternehmen der Er-  
620 neuerbare Energienbranche liegt NRW im Vergleich der  
621 Bundesländer auf dem vorletzten Platz.

### 622 623 II. Fortschrittmotor Klimaschutz 624

625 Die globale Herausforderung des Klimawandels erfordert un-  
626 verzüglich aktives Handeln auf allen Ebenen. Jeder Einzelne,  
627 die Gemeinde, eine Region und auch das Land Nordrhein-  
628 Westfalen müssen jeweils ihren spezifischen Beitrag leisten.  
629 Die NRWSPD ist sich der Verantwortung bewusst, die das In-  
630 dustrie- und Energieland NRW für Deutschland hat. Das Ener-  
631 gie- und Industrieland Nordrhein-Westfalen muss Vorreiter für  
632 rasante Effizienzsteige-rungen beim Einsatz von Material, Roh-  
633 stoffen und Energie sein. Dies ist der wirksamste Beitrag zu  
634 einem sparsamen Umgang mit endlichen Ressourcen. Das In-  
635 dustrie- und Energieland NRW muss Vorreiter beim dynami-  
636 schen Ausbau der Produktionskapazitäten für die Nutzung er-  
637 neuerbarer Energieträger sein. Damit wird der Umstieg in eine  
638 solare Wirtschaft ermöglicht. Die ökologischen Probleme wer-  
639 den zunehmend auch zu ökonomischen Problemen. Wenn wir  
640 klimapolitisch nicht handeln, könnte das zwischen 5 und 15  
641 Prozent des Weltsozialprodukts kosten. Wenn wir weltweit in-  
642 nerhalb der nächsten 10 Jahre die richtigen Schritte einleiten,  
643 kann es uns gelingen, den globalen Temperaturanstieg auf  
644 maximal 2 Grad Celsius zu begrenzen und die Auswirkungen  
645 beherrschbar zu halten.

646  
647 Nordrhein-Westfalen kann wegen seiner hohen technologi-  
648 schen Leistungsfähigkeit auch Überdurchschnittliches leisten,  
649 wie es bis zum Regierungswechsel 2005 beispielhaft gezeigt  
650 hatte. Damit müssen wir sofort wieder beginnen.

651 Die SPD wird in Regierungsverantwortung in NRW folgendes  
652 unverzüglich umsetzen:

- 653 • Wir entwickeln konkrete CO<sub>2</sub>-Minderungsziele für die ein-  
654 zelnen Bereiche in NRW; z. B. Energieerzeugung, Industrie,  
655 Gebäude, Verkehr.
- 656 • Wir entwickeln einen ressortübergreifenden Förderansatz  
657 zur Erforschung, Entwicklung und Anwendung von Klima-  
658 schutztechnologien, z. B. Energiespeicherung, Brennstoff-  
659 zelle, Hochtemperatur-Solarthermie, neue Getriebe und  
660 neue Materialien. Das stärkt die Wirtschaftsstrukturen  
661 und schafft neue Arbeitsplätze in NRW.
- 662 • Wir werden ein Klimaschutzkonzept für NRW erarbeiten,  
663 dass alle deutschen Klimaschutzziele und -maßnahmen  
664 umfasst. Mit dem Leitantrag setzten wir den klimapoliti-  
665 schen Rahmen und starten wir in einen Prozess, bei dem  
666 mit möglichst vielen gesellschaftlichen Gruppen den rich-

## Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD am 25. April 2009 Halle, Gerry Weber – Event & Convention-Center

667 tigen Weg hin zu einer nachhaltigen Umgestaltung Nord-  
668 rhein-Westfalens beschreiten.

- 669 • Wir werden eine Biomassestrategie entwerfen, die alle  
670 brach liegenden Potenziale in der Land- und Forstwirt-  
671 schaft nutzt. Unser Wald muss z.B. besser zur nachhaltigen  
672 Energieversorgung genutzt werden. Deshalb wollen wir  
673 den Staatswald erhalten und die Unterstützung der klei-  
674 nen Waldbesitzer durch die Förster verbessern.
- 675 • Wir werden sämtliche Akteure in NRW dabei unterstützen,  
676 die neuen Fördermöglichkeiten, die sich aus den Einnah-  
677 men des Emissionshandels insbesondere ab 2013 ergeben,  
678 zu nutzen.

679

### 680 II.1 Einen neuen Fortschritt durchsetzen

681

682 Nachhaltigkeit ist seit langem eine wichtige Orientierung der  
683 Umweltpolitik. Zunehmend tritt aber eine zweite hinzu: Inno-  
684 vation. Umweltpolitik wird zum Innovations- und Modernisie-  
685 rungstreiber für Wirtschaft und Gesellschaft. Umwelt, Inno-  
686 vation, Beschäftigung – dieser Dreiklang wird zum Fundament  
687 gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Erneuerung. In einer  
688 modernen, zukunftsfähigen Gesellschaft sind Umweltschutz  
689 und nachhaltiges Wirtschaftswachstum kein Widerspruch, im  
690 Gegenteil, sie bedingen einander:

- 691 • Umweltpolitik wird zu einer intelligenten Form nachhalti-  
692 ger Wirtschaftspolitik,
- 693 • Klimaschutzpolitik wird zur Volkswirtschafts-Schutzpolitik,
- 694 • Energiepolitik, die auf Erneuerbare Energien setzt, wird Si-  
695 cherheitspolitik und
- 696 • alles drei verringert unsere Abhängigkeit von der Macht-  
697 und Ressourcenpolitik anderer Staaten.

698

699 Um der veränderten Rolle gerecht zu werden, muss sich auch  
700 die Umweltpolitik weiterentwickeln: Sie muss zur Innovations-  
701 politik werden, sie muss vom Mahner zum Antreiber werden.  
702 Der Reparaturbetrieb von gestern wird so zum Konstruktions-  
703 büro von heute und morgen.

704

705 Eine innovationsorientierte Umweltpolitik muss die Entkopp-  
706 lung von Wachstum und Res-sourcenverbrauch sowie die Um-  
707 stellung auf erneuerbare Ressourcen ins Zentrum ihres poli-ti-  
708 schen Handelns stellen. Darum müssen wir Forschung und  
709 Entwicklung voranbringen, unsere Produktionsprozesse umge-  
710 stalten, neue Produkte und Dienstleistungen entwickeln und  
711 innovative Infrastrukturen und Infrastrukturkonzepte erarbei-  
712 ten. Wir können die Probleme der Industriegesellschaft nur mit  
713 den Mitteln der Industriegesellschaft lösen. Deswegen geht es  
714 nicht um Rückbau der Industriegesellschaft, sondern um deren  
715 Fortentwicklung. Wir brauchen einen neuen Fortschritt und  
716 eine dritte industrielle Revolution – die Effizienzrevolution, die  
717 eine wirtschaftliche Produktivitätssteigerung an der absoluten  
718 Reduzierung des Ressourcenverbrauchs und an der Schadstoff-  
719 minderung ausrichtet – und damit die gesamtwirtschaftliche  
720 Produktivität erhöht. Dies ist unsere Alternative zur einseitigen  
721 Belastung des Faktors Arbeit.

722

723 Schon in der Vergangenheit hat Umweltpolitik den technologi-  
724 schen Wandel aktiv gestaltet:

- 725 • Mit Ordnungspolitiken und Grenzwerten hat sie wichtige  
726 Standards gesetzt und damit technologische Entwicklung  
727 angestoßen und ihr eine Richtung gegeben.

## Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD am 25. April 2009 Halle, Gerry Weber – Event & Convention-Center

- 728 • Mit Anreizinstrumenten hat die Umweltpolitik ebenso wie  
729 mit gezielter Forschungsförderung Innovationen geför-  
730 dert – von der technologischen Entwicklung über die  
731 Markteinführung bis hin zur Massenproduktion und mas-  
732 senhaften Anwendung.
- 733 • Mit marktwirtschaftlichen Instrumenten wie z. B. der Öko-  
734 steuer, dem Emissionshandel oder dem EEG hat die Um-  
735 weltpolitik dem Umbau der Industriegesellschaft Fahrt  
736 verliehen.

737  
738 Daran wollen wir mit einer innovationsorientierten Umwelt-  
739 politik anknüpfen und die technologische Entwicklung noch  
740 stärker als bisher zum Bezugspunkt der Politik machen. So  
741 führt neuer Fortschritt auch zu neuer Beschäftigung. Denn die  
742 Umwelttechnik „made in Germany“ hat sich längst zu einem  
743 wichtigen Wirtschaftsfaktor entwickelt, der Millionen Men-  
744 schen Brot und Arbeit gibt.

### 745 746 II.2 Ökologische Märkte fördern

747  
748 Der globale Bedarf an Umwelttechnik, an Ökoinnovationen  
749 und an Ressourcen schonenden Produktionsanlagen wird in  
750 den kommenden Jahrzehnten enorm wachsen, vor allem in  
751 den Bereichen:

- 752 • Nachhaltige Energieerzeugungs- und Kraftwerkstechnolo-  
753 gien
- 754 • Energieeffizienztechnologien
- 755 • Materialeffizienztechnologien
- 756 • Energetische und stoffliche Nutzung erneuerbarer Res-  
757 sourcen
- 758 • Wassersparende Technologien
- 759 • Recycling- und Abfallwirtschaftstechnologien
- 760 • Mobilitätskonzepte, Antriebstechnologien und Kraftstoffe
- 761 • Intelligente Siedlungs- und Gebäudekonzepte

762  
763 Das globale Marktvolumen dieser Märkte wird heute schon auf  
764 rund 1.000 Milliarden Euro veranschlagt. Bis zum Jahr 2020  
765 könnte es sich bereits mehr als verdoppelt haben - mit ent-  
766 sprechend positiven Folgen für die Beschäftigung in diesem  
767 Wachstumssegment. Die nordrhein-westfälische Wirtschaft  
768 wird davon besonders profitieren:

- 769  
770 • Die Energiewirtschaft hat einen besonderen Schwerpunkt  
771 in NRW. Fast 20% der deutschen Energieversorgungswirt-  
772 schaft hat ihren Sitz in NRW. Rund 3.000 Betriebe aus dem  
773 Bereich des regenerativen Anlagen- und Systembaus ar-  
774 beiten in NRW. An mehr als 20 Standorten wird an neuen  
775 Energietechnologien geforscht. .
- 776 • Verschiedene wissenschaftliche Einrichtungen und Hoch-  
777 schulinstututen in NRW decken Forschung und Lehre in  
778 dem Teilbereich Ressourceneffizienz ab. Das Wuppertal  
779 Institut für Klima, Umwelt, Energie befasst sich z.B. mit  
780 Energie- und Ressourceneffizienz. An der RWTH Aachen  
781 wird das Exzellenzcluster "Integrierte Produkti-onstechno-  
782 logie" im Rahmen der Exzellenzinitiative des Bundes ge-  
783 fördert.
- 784 • Eine Studie des Instituts für Wirtschaft bewertete die Roh-  
785 stoff- und Energieersparnis, die durch das Recycling von  
786 Sekundärrohstoffen gewonnen werden, auf 3,7 Milliarden  
787 Euro jährlich. Recyclingtechnik wird also ein wichtiger  
788 Markt werden. Etwa 30 % der Betriebe in der Recycling-

## Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD am 25. April 2009 Halle, Gerry Weber – Event & Convention-Center

789 und Abfallwirtschaft haben ihren Sitz in NRW. Viele Stadt-  
790 werke gehen in diesem Bereich mit innovativen Techniken  
791 voran.

792 • Die Wasser- und Abwassertechnologien NRW hat mit den  
793 Stadtwerken und den Wasserverbänden eine dezentrale  
794 mittelständische Struktur, die kontinuierlich in neue Tech-  
795 nik investiert. Die Branche erwirtschaftet in NRW einen  
796 Umsatz von rund 3,1 Mrd. Euro. In den Forschungs-ein-  
797 richtungen in NRW wird die gesamte Breite der Wasser-  
798 und Abwassertechnologie abgedeckt. So forscht die RWTH  
799 Aachen an den Themen Siedlungswasserwirtschaft, Was-  
800 ser- und Abfallwirtschaft, Wasserbau und Wasser wirt-  
801 schaft, die FH Münster im Bereich Abfall- und Abwasser-  
802 wirtschaft.

803 • Dem Mobilitätsbedürfnis und steigenden Rohölpreisen  
804 muss mit intelligenten  
805 Verkehrskonzepten begegnet werden. Die Automobilin-  
806 dustrie steht beispielsweise vor die Aufgabe, neue emissi-  
807 onsarme und umweltfreundlichere Autos zu entwickeln,  
808 die mit neuen Kraftstoffen und neuen Antriebstechniken  
809 ausgestattet sind. Die Mobilität und Verkehrstechnologien  
810 sind in NRW mit über 200 Automobilherstellern vertreten,  
811 das sind rund 10% der bundesweiten Hersteller. Rund 20%  
812 der Betriebe aus der Bahnwirtschaft haben hier ihren Sitz.  
813 NRW ist ein Zentrum zur Entwicklung neuer Antriebstech-  
814 niken. Das Fraunhofer Institut für Materialfluss und Logis-  
815 tik hat seinen Sitz in NRW, die RWTH Aachen forscht an  
816 emissionsarmen Verbrennungsmotoren und die Universi-  
817 tät Paderborn forscht an neuen Bahntechniken.

818  
819 NRW ist, wie kein anderes Bundesland in Deutschland, von der  
820 Energiewirtschaft geprägt. Hier haben die größten Energiever-  
821 sorer ihren Sitz, die Kohleförderung hat nicht nur das Ruhrge-  
822 biet über Jahrzehnte geprägt. Viele der Firmen, die als Berg-  
823 bauzulieferer einen guten Namen haben, haben sich mit Kom-  
824 ponenten für die Nutzung regenerativer Energieformen ein  
825 zweites Standbein geschaffen. Maschinenbauer fertigen heute  
826 Getriebe und Generatoren für Windkraftanlagen und liefern  
827 ihre Technologie mit großem Erfolg in die ganze Welt. Hier  
828 entwickeln sich heute schon neue Potentiale für effizienteres  
829 Wirtschaften.

830  
831 **II.3 Innovationen stärken**

832  
833 Wir wollen den Technologiewandel aktiv vorantreiben, um un-  
834 sere Industrie auf die neuen Knappheiten bei Ressourcen ein-  
835 zustellen. So schaffen wir neues Wachstum, Stabilität, neue  
836 Wertschöpfung und neue Beschäftigung.

837  
838 Wer dazu allein auf den Markt und den Wettbewerb als Entde-  
839 ckungsverfahren setzt, riskiert nicht bloß „Marktversagen“ – er  
840 schafft keine Zukunft. Wir brauchen aber eine übergreifende  
841 und koordinierte Modernisierungsstrategie:

- 842 • Die ökologische Industriepolitik muss frühzeitig Technolo-  
843 giesprünge antreiben und ökologisch und ökonomisch er-  
844 forderliche Innovationen schneller in die Anwendung brin-  
845 gen,
- 846 • sie muss unsere Wirtschaft fit für die Leitmärkte der Zu-  
847 kunft machen und die strategischen Zukunftsindustrien  
848 stärken,

849

## Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD am 25. April 2009 Halle, Gerry Weber – Event & Convention-Center

- 850 • sie muss die industrielle Struktur unserer Wirtschaft auf  
851 die knapper werdenden Res-sourcen einstellen,  
852 • sie muss die stoffliche und energetische Basis, auf der die  
853 Industrie fußt, sichern. Kohle, Öl und Gas sind zu kostbar,  
854 um sie kurzfristig zu verheizen. Deshalb wollen wir in der  
855 Energiegewinnung den Anteil erneuerbarer Quellen stetig  
856 erhöhen, um die endlichen fossilen Rohstoffe als stoffliche  
857 Basis unserer Industrie, auf der unser Wohlstand beruht,  
858 zu bewahren. Wir setzen gleichzeitig noch stärker als bis-  
859 her auf die Mehrfachnutzung von nachwachsenden, fossi-  
860 len und den endlichen minerali-schen Rohstoffen in mög-  
861 lichst geschlossenen Stoffkreisläufen.

862  
863 Eine ökologische Industriepolitik kann den technologischen  
864 Wandel nicht verordnen. Aber sie bedient sich eines Staates,  
865 der als Pionier neue Entwicklungspfade ermöglicht, Wege  
866 weist, aktiv mithilft und der langfristiges und strategisches  
867 Handeln kurzfristigen Interessenskalkülen gegenüberstellt.

868  
869 Als Motor des technologischen Wandels muss die ökologische  
870 Industriepolitik

- 871 • die Forschungsförderung auf Ressourceneffizienz und  
872 Energieintelligenz konzentrieren und die ökologischen  
873 Querschnittstechnologien systematisch fördern (Nano-  
874 technologie, weiße Biotechnik, Green Chemistry, Oberflä-  
875 chentechnik und Bionik)
- 876 • mit Markteinführungsprogrammen wie dem EEG die Vor-  
877 aussetzung für eine Massenproduktion von dringend be-  
878 nötigten technologischen Lösungen und Öko-Hightech  
879 schaffen,
- 880 • im Bereich der Umwelt- und Energietechnik „Vorreiter-  
881 Märkte“ aufbauen, denn wer globale Standards setzt,  
882 schafft beste Voraussetzungen für innovative Unterneh-  
883 men und eine internationale Marktführerschaft,
- 884 • die dringend benötigten Technologiecluster ausbilden. Es  
885 bedarf einer besseren  
886 Zusammenarbeit und einer gegenseitigen Vernetzung von  
887 Wirtschaft und Wissenschaft,
- 888 • Exporte fördern und sich um die bessere Vermarktung der  
889 Umwelttechnik „Made in Germany“ kümmern und zu-  
890 gleich für einen Export erfolgreicher Politikinstrumente  
891 werben,
- 892 • das klassische umweltpolitische Ordnungsrecht innovati-  
893 onsfördernd ausgestalten. National und europaweit  
894 schärfere Grenzwerte üben, wenn sie rechtzeitig und pla-  
895 nungssicher langfristig angekündigt werden, einen heilsa-  
896 men Innovationsdruck auf die Industrie aus.

897  
898 II.4 Arbeit und Umwelt gehören zusammen

899  
900 Um Umwelt und Wirtschaft auf Zukunftskurs zu bringen,  
901 brauchen wir mehr als nur eine gute Umweltpolitik. Wir brau-  
902 chen eine bessere Koordination innerhalb und zwischen den  
903 Politik-feldern mit den Ressorts. Wirtschafts-, Forschungs-, In-  
904 frastruktur-, Bau-, Agrar-, Außen-, Entwicklungs-, Energie- und  
905 Umweltpolitik müssen intelligent verknüpft werden. Deshalb  
906 wollen wir ein Industriekabinett, mit dem wichtige Ressorts  
907 gezwungen werden, ihre Politiken zu koordinieren und neu  
908 auszurichten. Das verstärkt politische Impulse und ist die Vor-  
909 aussetzung einer konzertierten Strategie. Und wir brauchen  
910 den Brückenschlag in Wirtschaft, Wissenschaft und Gesell-

## Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD am 25. April 2009 Halle, Gerry Weber – Event & Convention-Center

911 schaft hinein. Neuer Fortschritt braucht einen "New Deal",  
912 einen Gesellschaftsvertrag für Umwelt, Wirtschaft und Be-  
913 schäftigung. Umwelt - Innovation - Beschäftigung: Das ist der  
914 Dreiklang, den wir gemeinsam erzeugen wollen und erzeugen  
915 müssen.

916

917 III. Energieversorgung Nordrhein-Westfalens umgestalten

918

919 Der sorgsame Umgang mit Energie und Rohstoffen und die  
920 Umstellung auf erneuerbare Ressourcen stehen im Zentrum  
921 erfolgreicher Umwelt- und Klimaschutzpolitik. Vorhandene Ef-  
922 fizienzpoteziale in den Bereichen Energieerzeugung, Verkehr,  
923 Bauen und Wohnen müs-sen ausgeschöpft werden. Durch die  
924 verstärkte Nutzung nachwachsender Rohstoffe und durch das  
925 Recycling von Altmaterialien können knappe Ressourcen ge-  
926 schont werden.

927

928 III.1 Energie – und Klimapolitik für alle Sektoren

929

930 Ökologisch notwendige und ökonomisch gebotene Umweltpo-  
931 litik verbindet von vornherein Klimaschutz und Energiepolitik.  
932 Im Mittelpunkt steht ein zukunftsfähiger Energiemix, der auf  
933 moderne Technik setzt, vernetzte Dezentralität nutzt, Effizi-  
934 enzpoteziale ausschöpft und der Energieforschung einen  
935 hohen Stellenwert einräumt.

936

937 Nordrhein-Westfalen kann zum Ziel einer 40-prozentigen Re-  
938 duktion der Treibhausgase bis 2020 in Deutschland als inte-  
939 graler Bestandteil eines europäischen 30-Prozent-Ziels beitra-  
940 gen:

941

942 Deutschlandweit sind folgende Ziele vorgegeben:

943

944 1. Im Bereich des Stromverbrauchs durch massive Steigerung  
945 der Energieeffizienz (11%) die Reduktion um 40 Mio. Tonnen  
946 CO<sub>2</sub>.

947

948 2. Im Bereich der fossilen Stromerzeugung die Ersetzung alter  
949 Kernkraftwerke durch effiziente, neue Kraftwerke zur Reduk-  
950 tion des CO<sub>2</sub>-Verbrauchs um 30 Mio. Tonnen.

951

952 3. Der Ausbau der Erzeugungskapazitäten im Bereich der er-  
953 neuerbaren Energien um 27 % zur Einsparung von 55 Mio.  
954 Tonnen CO<sub>2</sub>.

955

956 4. Die Verdopplung der effizienten Nutzung der Kraft-Wärme--  
957 Kollung auf 25 % zur Reduktion um 20 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>.

958

959 5. Durch Gebäudesanierung, effiziente Heizungsanlagen und in  
960 Produktionsprozessen soll eine Einsparung von 41 Mio. Tonnen  
961 CO<sub>2</sub> erreicht werden.

962

963 6. Die erneuerbaren Energien im Wärmesektor werden um 14%  
964 gesteigert, dadurch Einsparung von 14 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>.

965

966 7. Die Steigerung der Effizienz im Verkehr und die Steigerung  
967 der Biokraftstoffe um 17%, dadurch Einsparung von 30 Mio.  
968 Tonnen CO<sub>2</sub>.

969

970

971



## Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD am 25. April 2009 Halle, Gerry Weber – Event & Convention-Center

972 8. Reduktion der Emissionen von Methan, Lachgas und F-Gasen  
973 und damit Einsparung von 40 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>.

974

975 Insgesamt Einsparung von 270 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>.

976

977

978 Eine vordringliche Aufgabe einer SPD-geführten Landesregie-  
979 rung wird es sein, für NRW konkrete Ziele und Potenziale auf  
980 der Basis der Meseberger Beschlüsse und des am 17. Dezember  
981 2008 beschlossenen europäischen Klima- und Energiepaketes  
982 zu erarbeiten.

983

984 Das von der Bundesregierung vorgelegte Integrierte Klima und  
985 Energieprogramm hat den Grundstein für eine Umsetzung  
986 dieser Ziele gelegt. Wir messen Bundesregierung und Bundes-  
987 tag an der zügigen und nachhaltigen Umsetzung dieses Pro-  
988 gramms. Dazu erwarten wir die Unterstützung aller Fachberei-  
989 che und aller Ministerinnen und Minister über Umweltaus-  
990 schuss und Umweltministerium hinaus.

991

992 Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen, weiterge-  
993 hende Maßnahmen umzusetzen, um das 40-prozentige Re-  
994 duktionsziel bis 2020 zu erreichen.

995

996 III.2 Einen nachhaltigen Energiemix aufbauen

997

998 Ein nachhaltiger Energiemix muss umweltverträglich sein und  
999 in einer veränderten Welt die Versorgung zu angemessenen  
1000 Preisen sicherstellen. Für Nordrhein-Westfalen bedeutet dies u.

1001 a.

- 1002 • Mit einer ambitionierten Effizienzstrategie und dem mas-  
1003 siven Ausbau der Erneuerbaren Energien vermindern wir  
1004 die Abhängigkeit unseres Landes von Energieimporten.
- 1005 • Modernste fossile Kraftwerke (Braunkohle, Steinkohle und  
1006 Gas) mit den höchsten Wirkungsgraden (in der Regel mit  
1007 einem Ausbau der KWK) tragen als Ersatz für ältere ineffi-  
1008 ziente Anlagen zu einer deutlichen Verminderung der  
1009 Emissionen bei und sind für die Versorgungssicherheit  
1010 derzeit unverzichtbar.
- 1011 • Der massive Ausbau der Erneuerbaren Energie in den Be-  
1012 reichen Strom, Wärme/ Kälte und Biokraftstoffe trägt we-  
1013 sentlich zur Versorgungssicherheit bei.
- 1014 • Mit einer umfassenden Integration der Erneuerbaren  
1015 Energien in die zukünftige Energieversorgung schaffen  
1016 wir Nachhaltigkeit, Wachstum und Beschäftigung.
- 1017 • Wir wollen in Nordrhein-Westfalen die landesplanerischen  
1018 Grundlagen im LEP und LEPro so ändern, dass die Nutzung  
1019 erneuerbarer Energien als eigenständiges landes-planeri-  
1020 sches Ziel definiert wird. Genehmigungsblockaden wie den  
1021 Windenergieerlass, die sogar Effizienzverbesserungen (Re-  
1022 powering) behindern, heben wir auf.
- 1023 • Wir unterstützen die Städte und Gemeinden Nordrhein-  
1024 Westfalens dabei, erneuerbarer Energien auszubauen und  
1025 damit den Gesamtanteil erneuerbarer Energien deutlich zu  
1026 erhöhen.
- 1027 • Wir werden den Stadtwerken in NRW wieder eine breite  
1028 wirtschaftliche Betätigung im Energiemarkt ermöglichen,  
1029 um damit den Wettbewerb zu stärken und neue, innova-  
1030 tive und dezentrale Strukturen für Energieerzeugung und  
1031 Dienstleistungen zu schaffen.

1032

## Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD am 25. April 2009 Halle, Gerry Weber – Event & Convention-Center

### 1033 III.3 Energie effizient nutzen

1034

1035 Riesige Potenziale liegen in einer kontinuierlichen Steigerung  
1036 der Energieproduktivität. Unser Ziel ist die Steigerung der  
1037 Energieproduktivität um 20 Prozent bis zum Jahr 2020. Das ist  
1038 bereits mit heute verfügbaren Technologien erreichbar und  
1039 rechnet sich auch wirtschaftlich. Dezentrale Strukturen liefern  
1040 dazu einen Beitrag.

1041

1042 Notwendig ist ein Aktionsplan Energieeffizienz, der konse-  
1043 quent umgesetzt wird.

1044 • Deutschland und die EU müssen die Effizienzforschung  
1045 verstärken, damit unsere Unternehmen mit energieeffizi-  
1046 enten Geräten auf den Weltmarkt gehen können. Wer die  
1047 energieeffizientesten Produkte anbieten kann, hat im  
1048 Wettbewerb um Marktanteile die Nase vorn.

1049 • Der KWK-Anteil an der Stromerzeugung in Höhe von rund  
1050 10 Prozent muss bis 2020 auf 25 Prozent gesteigert wer-  
1051 den. Die SPD tritt dafür ein, dass als zentraler Bestandteil  
1052 eines Investitionsprogramm Emissionshandel Investitio-  
1053 nen gefördert werden, die den Primärenergieverbrauch  
1054 massiv senken. Für NRW kommt es besonders darauf an,  
1055 klimaschädlichen Altanlagen durch hocheffiziente neue  
1056 Kraftwerke zu ersetzen, neue Kraftwerken möglichst als  
1057 hocheffiziente KWK-Anlagen zu errichten und den Ausbau  
1058 der Nah- und Fernwärmenetze massiv zu fördern. Auf  
1059 Bundesebene ist zu prüfen, ab Fristen für eine zeitliche Be-  
1060 grenzung des Weiterbetriebs von Altanlagen mit hohen  
1061 CO<sub>2</sub>-Emissionen eingeführt werden können

1062 • Kleine und mittlere Unternehmen müssen durch einen  
1063 Energieeffizienzfonds unterstützt werden, der ihnen bei  
1064 der Ermittlung und Durchführung von Effizienzmaßnah-  
1065 men hilft. Der Fonds muss angemessen ausgestattet wer-  
1066 den.

1067 • Für große Unternehmen müssen in Zukunft Steuerermä-  
1068 ßigungen im Rahmen der Strom- und Energiesteuern an  
1069 die Einführung von Energiemanagementsystemen gek-  
1070nüpft werden, damit nur betriebswirtschaftliche sinn-  
1071 volle Energieverbräuche von Steuerermäßigungen profi-  
1072 tieren. Diese Verpflichtung gilt nur für Unternehmen,  
1073 deren Steuerentlastung mehr als 10.000 €/a beträgt.

1074 • die öffentliche Hand muss ihre Marktmacht gezielt nut-  
1075 zen. Die Landesregierung muss Anforderungen an die Be-  
1076 schaffung energieeffizienter Produkte festlegen.

1077 • Mit dem so genannten Top-Runner-Ansatz wollen wir dy-  
1078 namische, verbindliche Standards festlegen, die sich an  
1079 den besten Geräten orientieren. Alle Geräte werden für die  
1080 Verbraucherinnen und Verbraucher ersichtlich mit den Be-  
1081 triebskosten des effizientesten Geräts verglichen. Nach  
1082 einer angemessenen Übergangszeit dürfen dann nur noch  
1083 Geräte verkauft werden, die mindestens so effizient sind  
1084 wie die besten Geräte einige Jahre zuvor. So entsteht ein  
1085 Wettbewerb zur Verringerung des Energieverbrauchs von  
1086 Geräten und damit zur Verringerung der Betriebskosten.

1087 • Wir brauchen eine Revitalisierung von Least-Cost-Planning  
1088 in Deutschland und in der EU, um im Rahmen der Anreiz-  
1089 regulierung Effizienzprogramme zugunsten von Privat-  
1090 Haushalten und Betrieben berücksichtigen zu können.

1091

### 1092 III.4 Kraftwerkspark erneuern

1093

## **Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD am 25. April 2009 Halle, Gerry Weber – Event & Convention-Center**

1094 Eine Erneuerung des Kraftwerksparks in Deutschland ist über-  
1095 fällig. Dabei kommt es entscheidend darauf an, dass in Nord-  
1096 rhein-Westfalen die Weichen richtig gestellt werden.

1097

1098 Auf den Einsatz von Kohle für die Stromerzeugung können wir  
1099 für einen Übergangszeitraum nicht verzichten. Ziel muss es  
1100 sein, dass neue, Klima schonendere Kraftwerke den veralteten  
1101 und ineffizienten Kraftwerkspark dort ersetzen, wo trotz Effizi-  
1102 enzsteigerung und Einsatz erneuerbarer Energien weiter die  
1103 Produktion von Strom und Wärme aus fossilen Energien zu-  
1104 nächst notwendig bleibt.

1105

1106 Mehr Wettbewerber auf dem Markt Energieerzeugung reizen  
1107 Investitionen im Energieerzeugungsbereich an. Gerade die  
1108 ortsnahe Versorgung bietet gleichzeitig große Einsparpoten-  
1109 ziale und wirtschaftliche Chancen für mehr Wettbewerb auf  
1110 dem Strom- und Wärmemarkt. Dabei kommt den Stadtwerken  
1111 als Garant der Daseinsvorsorge eine Schlüsselrolle zu. Dafür  
1112 müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen wieder geschaf-  
1113 fen werden, die die schwarz-gelbe Landesregierung durch die  
1114 ungerechte Veränderung der Gemeindeordnung vernichtet  
1115 hat. Außerdem werden wir in Zusammenarbeit mit öffentli-  
1116 chen Förderbanken wie der NRW-Bank, der Kreditanstalt für  
1117 Wiederaufbau und der Europäischen Investitionsbank ein In-  
1118 vestitionsprogramm mit langfristig gesicherten Konditionen  
1119 für kommunale Energieerzeugung auf Basis von Kraft-Wärme-  
1120 -Kopplung einführen.

1121

1122 III.5 Erneuerbare Energien beschleunigt ausbauen

1123

1124 Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist eine deutsche und  
1125 sozialdemokratische Erfolgsstory. Von 4,8 Prozent Anteil an der  
1126 Stromproduktion 1998 bis rund 15 Prozent bis 2008 haben wir  
1127 in den vergangenen acht Jahren den Anteil der Erneuerbaren  
1128 Energien in Deutschland nahezu vervierfacht. Bis 2020 muss  
1129 ein Anteil von mindestens 30 Prozent des Stroms durch Erneuer-  
1130 bare Energien erzeugt werden. Bei entsprechenden Rahmen-  
1131 bedingungen ist ein noch höherer Anteil möglich.

1132

1133 Die Novelle des EEG im Jahr 2008 verstetigt die Einführung der  
1134 erneuerbaren Energien. Wir in NRW wollen das neue EEG dazu  
1135 nutzen, dass

- 1136 • Biomasse-Anlagen vorrangig in Kraft-Wärme-Kopplungs-  
1137 technologie entstehen,
- 1138 • Biogas verstärkt in die Gasnetze eingespeist werden kann,
- 1139 • der Ausbau der Geothermie vorankommt,
- 1140 • die Erneuerbaren Energien verstärkt zur stetigen Stromlie-  
1141 ferung über Zwischenspeicherung und Zusammenschal-  
1142 tung beitragen.

1143

1144 Im Bereich der Kleinwasserkraft und des Repowering, also der  
1145 Ersetzung älterer Windenergieanlagen durch neue, leistung-  
1146 stärkere, werden wir bestehende planungsrechtliche  
1147 Hindernisse abbauen.

1148

1149 In der Förderung der erneuerbaren Energien im Wärmesektor  
1150 liegen große Potenziale, die es erlauben, kostengünstig CO<sub>2</sub>-E-  
1151 missionen sowie den Öl- und Gasverbrauch zu reduzieren.  
1152 Unser Ziel ist es, das bis 2020 mindestens 14 Prozent der  
1153 Wärme durch Erneuerbare Energien erzeugt wird. Das Erneuer-

1154

## Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD am 25. April 2009 Halle, Gerry Weber – Event & Convention-Center

1155 erbare-Energien-WärmeGesetz. (EEWärmeG) bietet NRW neue  
1156 Chancen, die wir nutzen wollen:

- 1157 • Wir unterstützen Investoren dabei, mehr Mittel des  
1158 Marktanreizprogramms der Bundesregierung nach NRW  
1159 zu holen.
- 1160 • Wir helfen den Kommunen dabei, im Dialog mit der Woh-  
1161 nungswirtschaft geeignete Modelle umzusetzen, um  
1162 möglichst viele Gebäude an Wärmenetze anzuschließen.  
1163 Im Interesse des Klimaschutzes ist zu prüfen, in welchen  
1164 Fällen ein kommunaler Anschlusszwang hilfreich ist, der  
1165 den Anschluss und die Nutzung eines solchen Netzes ver-  
1166 bindlich vorschreibt.  
1167

1168  
1169 III.6 Energieforschung stärken  
1170

1171 Wir wollen eine internationale Spitzenstellung bei Energie-  
1172 technologien weiter ausbauen. Forschung und Entwicklung auf  
1173 hohem Niveau sind hierfür unabdingbar.

1174  
1175 Mit dem 6-Milliarden-Euro-Programm hat die Bundesregierung  
1176 die Energieforschung deutlich gestärkt. Dennoch liegen die  
1177 Forschungsausgaben des Bundes zur Umsetzung der unter 4.1  
1178 genannten Maßnahmen heute unter denen zu Beginn der 80er  
1179 Jahre. Weitere Verbesserungen in der Mittelausstattung vor  
1180 allem in den Bereichen Effizienz, Erneuerbare Energien und  
1181 Speichertechnik sind daher erforderlich. Wir wollen die Ausga-  
1182 ben für die Energieforschung mindestens auf das Niveau der  
1183 80er Jahre aufstocken. Zugleich müssen aber auch die privaten  
1184 Forschungsausgaben erhöht werden. Auch auf EU-Ebene brau-  
1185 chen wir eine bessere Mittelausstattung. Es ist nicht hinnehm-  
1186 bar, dass die Kernfusion das einzig globale Energie-for-  
1187 schungsprojekt ist, in dem die EU, die USA, Russland und Japan  
1188 international zusammenarbeiten.

1189  
1190 Mit einer Forschungsinitiative wollen wir die Voraussetzungen  
1191 für eine CO<sub>2</sub>-arme Energie-versorgung weiter verbessern. For-  
1192 schungsaktivitäten zu allen Technologien zur Nutzung erneu-  
1193 erbarer Energien, zur Energiespeicherung, für „intelligente  
1194 “ Stromnetze, zu Brennstoffzellen und zur Abscheidung und  
1195 Speicherung von CO<sub>2</sub> aus Kohle- und Gaskraftwerken sind  
1196 dafür von entscheidender Bedeutung.

1197  
1198 Insbesondere die Batterieforschung benötigt zusätzliche Fi-  
1199 nanzmittel und weiterer Förder-programme. Die in den letzten  
1200 Jahren erreichten Fortschritte sind immens, weitere Kapazi-  
1201 täts-, Effizienz- und Zuverlässigkeitssprünge stehen bevor.  
1202 Gute Batterien erleichtern eine hochdezentrale Erzeugungs-  
1203 und Nutzungsstruktur auf Grundlage Erneuerbarer Energien.  
1204 Auch der Automobilstandort NRW kann von diesen Fortschrit-  
1205 ten profitieren.  
1206 Effizienzfortschritte bei der Kraftwerkstechnik sind entschei-  
1207 dend für einen wirksamen Klima- und Ressourcenschutz. Wir  
1208 unterstützen daher alle Bemühungen, diese Technologien zu  
1209 erforschen und zu erproben.

1210  
1211 Die Stromversorgung auf der Basis von Stein- und Braunkohle  
1212 wird für eine Übergangszeit weiterhin eine sehr wichtige Säule  
1213 in der Stromerzeugung sein. Auch andere Staaten setzen auf  
1214 die Verstromung von preisgünstiger heimischer Kohle. Deshalb  
1215 ist es unter technologi-schen und Klimaschutzaspekten ange-

## Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD am 25. April 2009 Halle, Gerry Weber – Event & Convention-Center

1216 zeigt, die CCS-Technologie im industriellen Maßstab zu entwi-  
1217 ckeln. Die Energiewirtschaft muss deshalb 2015 ein erstes  
1218 CO<sub>2</sub>-freies Kraftwerk in Betrieb nehmen und ab dem Jahr 2020  
1219 diese Technik zum Standard machen. Dabei müssen die Sicher-  
1220 heitsfragen bei Transport und Lagerung geklärt sein. Für eine  
1221 unabhängige Sicherheitsforschung sind öffentliche Mittel er-  
1222 forderlich und bereit zu stellen.

1223

1224 III.7 Emissionshandel zum Nutzen Nordrhein-Westfalens ge-  
1225 stalten

1226

1227 Für das Energie- und Industrieland NRW sind folgende vier  
1228 Punkte des im Dezember 2008 von Ministerrat und Europapar-  
1229 lament beschlossenen EU-Klimapaketes besonders wichtig:

- 1230 • Die Klimaschutzziele werden eingehalten, damit wird das  
1231 Klima geschützt und NRW kann die Chancen auf dem boo-  
1232 menden Markt der Erneuerbaren Energien nutzen.
- 1233 • Energieintensive Industriebranchen wie Zement und Stahl  
1234 erhalten die CO<sub>2</sub>-Zertifikate kostenlos, wenn sie die kli-  
1235 mafreundlichste Technik einsetzen. Dies sichert die Wett-  
1236 bewerbsfähigkeit unserer Arbeitsplätze.
- 1237 • die Vollauktionierung in der Stromwirtschaft ist richtig,  
1238 weil die großen Energiekonzerne schon heute die bislang  
1239 kostenlos erhaltenen Zertifikate über den Strompreis von  
1240 ihren Kunden bezahlen lassen. Es gibt also keinen Grund  
1241 für Preiserhöhungen mit Hinweis auf den Emissionshan-  
1242 del.
- 1243 • das Klimapaket gibt Planungssicherheit für die Energie-  
1244 wirtschaft. Alle Voraussetzungen, um das Kraftwerkser-  
1245 neuerungsprogramm jetzt zeitnah umzusetzen, sind ge-  
1246 geben. Hinzu kommt, dass mit dem Klimapaket Investiti-  
1247 onszuschüsse für diejenigen Stromproduzenten ermög-  
1248 licht werden, die auf neue hocheffiziente Kraftwerke set-  
1249 zen. Diese Fördermöglichkeiten stehen großen und kleinen  
1250 Energieversorgern gleichermaßen offen, die in Kraft-Wär-  
1251 me-Kopplung oder Kondensationskraftwerke mit beson-  
1252 ders hohen Wirkungsgraden investieren wollen.

1253

1254 NRW muss in Kenntnis der europaweit vereinbarten Ziele zum  
1255 Klimaschutz jetzt mutig nach vorne gehen. Es kommt darauf  
1256 an, die Chancen für das Energie- und Industrieland NRW zu  
1257 nutzen. Anfang 2009 brauchen die Menschen in NRW ein kla-  
1258 res Signal, dass Nordrhein-Westfalen den Klimaschutz als Fort-  
1259 schrittmotor nutzen will und die Politik des Bremsens aufgibt.

1260

1261 Für Nordrhein-Westfalen ist es von vitalem Interesse, den  
1262 nachhaltigen Umbau der Industriegesellschaft so zu gestalten,  
1263 dass der weitere Strukturwandel ohne bruchartige Entwick-  
1264 lungen erfolgt. Um diese Aufgabe zu bewältigen, sind finansi-  
1265 elle Mittel in Milliardenhöhe erforderlich. Für die nordrhein-  
1266 westfälischen Anforderungen an den Emissionshandel sind  
1267 zwei Aspekte deshalb entscheidend. Erstens muss die in der  
1268 Richtlinie vorgesehene Vollausstattung der energieintensive In-  
1269 dustrie mit den benötigten Zertifikaten praktisch umgesetzt  
1270 werden.

1271 Zweitens muss ein Investitionsprogramm Emissionshandel die  
1272 Erlöse aus dem Emissionshandel in NRW einsetzen, um hier  
1273 den Energieverbrauch zu senken, die Effizienz zu steigern und  
1274 den Kraftwerkspark zu erneuern. Aufgrund der stark gestiege-  
1275 nen Kraftwerkskosten werden derzeit viele Investitionsent-  
1276 scheidungen für den Austausch alter Kraftwerke durch neue

## Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD am 25. April 2009 Halle, Gerry Weber – Event & Convention-Center

1277 Kraftwerke zurück gestellt. Eine Vielzahl uralter ineffizienter  
1278 Kraftwerke bleibt länger am Netz. Die derzeitigen Bedingun-  
1279 gen des Emissionshandels in der 2. Handelsperiode (Bench-  
1280 mark mit überwiegend kostenloser Zuteilung) bieten offen-  
1281 sichtlich keinen ausreichenden Anreiz für Neuinvestitionen.

1282  
1283 Strom wird heute noch zum größten Teil in Kraftwerken er-  
1284 zeugt, deren Abwärme ungenutzt an die Umgebung abgege-  
1285 ben wird. In der Nachbarschaft vieler Kraftwerke werden zum  
1286 Teil schlecht isolierte Gebäudebestände mit Öl, Gas oder sogar  
1287 mit Strom beheizt. Um Kosten zu sparen, Ressourcen zu scho-  
1288 nen und das Klima zu schützen, muss der Energieverbrauch  
1289 gesenkt und die gesamte Energieeffizienz erhöht werden.  
1290 Hierzu sind neben verstärkter Energieberatung die umwelt-  
1291 freundliche Kraft-Wärme-Kopplung massiv auszubauen und  
1292 Ge-bäudebestände energetisch zu sanieren.

1293  
1294 Wir werden die Erlöse aus dem Emissionshandel in NRW ins-  
1295 besondere einsetzen für:

1296

1297 1. Eine Energiesparoffensive aus den Erlösen unterstützt Ver-  
1298 braucherinnen und Verbraucher, Unternehmen sowie Kom-  
1299 munen beim Energiesparen z. B. durch:

1300 a) energetische Sanierung des gesamten Gebäudebestandes in  
1301 NRW,

1302 b) Finanzielle Förderung der Solarthermie ("1.000.000 Solardä-  
1303 cher für NRW"),

1304 c) Austausch von klimaschädlichen Elektroheizungen,

1305 d) flächendeckende kostenfreie Energieberatung für Privat-  
1306 haushalte, Kommunen und Unternehmen,

1307 e) Zuschüsse zum Erwerb hocheffizienter Geräte wie z. B. Pum-  
1308 pen und Kälteanlagen in Unternehmen, Kühlschränken sowie  
1309 Waschmaschinen und Fernsehern in Privathaushalten, Hei-  
1310 zungsanlagen,

1311 f) Zuschüsse für energiesparende Fuhrparks,

1312 g) Maßnahmen der umwelt- und klimafreundlichen Mobilität  
1313 wie Radwege, Radstationen, Elektrofahrzeuge für den Stadt-  
1314 verkehr.

1315

1316 2. Ein Investitionsprogramm Emissionshandel fördert Investi-  
1317 tionen, die den Primärenergieverbrauch massiv senken. Für  
1318 NRW kommt es auf folgende Punkte besonders an:

1319 a) Ersatz von klimaschädlichen Altanlagen durch hocheffizi-  
1320 ente neue Kraftwerke,

1321 b) Neubau von Kraftwerken als hocheffiziente KWK-Anlagen,

1322 c) Ausbau der Nah- und Fernwärmenetze,

1323 d) Forschung, Entwicklung und Produktion von Verfahren und  
1324 Anlagen der Er-neuerbare Energien, wie z. B. Umrüstung von  
1325 Kläranlagen und Kompost-werken zur Biogasgewinnung und  
1326 Biogaseinspeisung in vorhandene Gasnetze,

1327 e) Forschung, Entwicklung und Produktion von Verfahren und  
1328 Anlagen zur Netzintegration von Erneuerbaren Energien (z. B.  
1329 virtuelle Kraftwerke, Energiespeicherung, Elektrotankstellen,  
1330 Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungsnetze),

1331 f) Forschung, Entwicklung und Produktion von Verfahren und  
1332 Anlagen zur Abscheidung, zum Transport und zur Lagerung  
1333 von CO<sub>2</sub>.

1334

1335 III.8 Bessere Energiepreise durch mehr Wettbewerb schaffen

1336

1337

## **Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD am 25. April 2009 Halle, Gerry Weber – Event & Convention-Center**

1338 Nur ein funktionierender Wettbewerb im Energiemarkt bietet  
1339 die Chance für wettbewerbsfähige Preise. Dafür müssen wir  
1340 konsequent die gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen.  
1341 Den Ausbau brauchen wir, um einen funktionierenden Wett-  
1342 bewerb zu ermöglichen und die bisherigen Engpässe beim Netz  
1343 zu überwinden.

1344  
1345 Die Energieversorgungsunternehmen mit ihren Netzmonopo-  
1346 len erschweren den Marktzugang neuer Wettbewerber und  
1347 verteuern damit die Strompreise. Deshalb ist es notwendig, die  
1348 Erzeugung von Strom und den Betrieb der Netze wirksamer als  
1349 bisher voneinander zu trennen. Dafür brauchen wir unabhän-  
1350 gige Regulierungsbehörden. Diese müssen die Marktmacht der  
1351 Energieversorgungsunternehmen wirksam kontrollieren und  
1352 deren Missbrauch effektiv bekämpfen können.

1353  
1354 Wir wollen die Stadtwerke stärken, um mehr Anbieter von  
1355 Strom auf dem Markt etablieren zu können. Die CDU/FDP Lan-  
1356 desregierung hat mit ihrer Änderungen des §107 der Gemein-  
1357 deordnung die Möglichkeiten der Stadtwerke deutlich einge-  
1358 schränkt. Deshalb muss die öffentliche Eigentümerstruktur ge-  
1359 stärkt werden. Nur so kann der Einfluss auf Kernbereiche der  
1360 Daseinsvorsorge sichergestellt werden. Die ideologische Poli-  
1361 tik des "Privat vor Staat" gefährdet die kommunale Daseins-  
1362 vorsorge.

1363  
1364 III.9 Atomausstieg fortsetzen  
1365

1366 Zu einer nachhaltigen Energiepolitik gehört der Verzicht auf  
1367 die Atomkraft. Die SPD-geführte Bundesregierung hat im Jahr  
1368 2000 nach langen Verhandlungen mit den Energieversorgern  
1369 den Atomkonsens vereinbart, der einen geordneten Ausstieg  
1370 aus der Atomenergie bis voraussichtlich  
1371 zum Jahr 2023 vorsieht.

1372  
1373 Atomenergie ist und bleibt eine Risikotechnologie. Sie ist au-  
1374 ßerdem immer mit der Möglichkeit zum Bau von Atomwaffen  
1375 verbunden. Die weltweite Verbreitung der Fähigkeit zum Bau  
1376 und zum Einsatz von Nuklearwaffen ist eines der größten Risi-  
1377 ken einer Politik, die auf Atomenergie als Lösung der Energie-  
1378 krise setzt. Zudem verhindert die Verlängerung der Restlauf-  
1379 zeiten notwendige Investitionen in Erneuerbare Energien und  
1380 in Energieeffizienz, weil sie auch die Monopolstrukturen am  
1381 deutschen Energiemarkt zementieren würde. Gerade neue  
1382 Wettbewerber, die Wettbewerb am Energiemarkt und damit  
1383 fairere Energiepreise erreichen könnten, werden durch das Ge-  
1384 rede über eine mögliche Laufzeitverlängerung vom Markt ge-  
1385 halten.

1386  
1387 Gerade die ältesten Atomkraftwerke sind gegen einen terroris-  
1388 tischen Angriff nicht zu schützen, das zeigen Studien der deut-  
1389 schen Geheimdienste. Eine Abschaltung bis 2012 wird die Si-  
1390 cherheit Deutschlands vor Terrorangriffen massiv erhöhen.  
1391 Der mögliche Beitrag der Atomenergie zum Klimaschutz ist  
1392 ohnehin verschwindend gering. Weltweit liefern Atomkraft-  
1393 werke nur 2,5% der benötigten Endenergie und auch in  
1394 Deutschland sind es 2007 kaum mehr als 5% gewesen. Noch  
1395 dazu benötigen Atomkraftwerke, im Gegensatz zu modernen  
1396 Kraft-Wärme-Kopplungs-Kraftwerken, zusätzlich Einzelhei-  
1397 zungen in den Häusern und haben damit im Gesamtzusam-  
1398 menhang sogar eine schlechte CO<sub>2</sub>-Bilanz.

## **Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD am 25. April 2009 Halle, Gerry Weber – Event & Convention-Center**

1399 Deshalb ist für uns klar: Der Atomausstieg gilt. Wir sind ver-  
1400 tragstreu. Das erwarten wir auch von der Energieindustrie.

1401

1402 IV. Besser leben - natürliche Lebensgrundlagen erhalten

1403

1404 Es sind vor allem die sozial Schwachen, die unter den Folgen  
1405 des Klimawandels zu leiden haben. Darum ist der Klima- und  
1406 Umweltschutz eine zentrale Aufgabe der Sozialdemokratie,  
1407 denn er schafft soziale Gerechtigkeit, und zwar heute und  
1408 morgen, hier und in der ganzen Welt. Benachteiligte Haushalte  
1409 leben oft auch in einer stärker belasteten Umwelt, z.B. in Ge-  
1410 genden mit hoher Luftbelastung oder an lauten Verkehrsstras-  
1411 sen. Verbessert sich die Um-weltsituation, verbessert sich auch  
1412 die soziale Lebenslage. Konsequenter betriebener Klima- und  
1413 Umweltschutz trägt zu einer Erhöhung der sozialen Gerechtig-  
1414 keit bei.

1415

1416 Wir haben in NRW die besondere Situation, dass Natur und in-  
1417 dustrielle Produktion in enger Nachbarschaft liegen. Dadurch  
1418 ergeben sich zwangsläufige Interessensunterschiede zwi-schen  
1419 Ökonomie und Ökologie. Diese macht sich z.B. am Flächenver-  
1420 brauch, in der Rohstoffgewinnung oder der Nutzung unserer  
1421 Ressource Nr. 1, des Wassers bemerkbar. Die politische Auf-  
1422 gabe besteht darin, die einzelnen Interessen nicht gegeneinan-  
1423 der in Front zu bringen, sondern tragfähige Konsense zu fin-  
1424 den, die Beschäftigung sichern, die Umwelt schützen und eine  
1425 nachhaltige Entwicklung der natürlichen Lebensräume erzie-  
1426 len. Dazu bedarf es der ständigen Kommunikation und eines  
1427 Netzwerkes der beteiligten regionalen Akteure. Deshalb su-  
1428 chen wir den Dialog mit Wissenschaft, Gewerkschaften, Wirt-  
1429 schaft, Ver-bänden, Verbraucherinnen und Verbrauchern. Ge-  
1430 meinsam nutzen wir die Chancen für neue Beschäftigung, die  
1431 aus einer konsequenten ökologischen Industriepolitik erwach-  
1432 sen, um zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen, die den Kri-  
1433 terien von guter Arbeit genügen.

1434

1435 Dabei ergeben sich vor allem folgenden umweltpolitischen  
1436 Handlungsfelder:

1437

1438 Ressourcen sichern - Konzept "Materialeinsatz senken - Res-  
1439 sourcen sichern" stärkt NRW-Wirtschaft

1440

1441 Umwelt- und Gesundheit schützen - Senkung der Lärm- und  
1442 Feinstaubbelastung schützt die Gesundheit.

1443

1444 NRW als Wasserland Nr. 1 stärken - Masterplan Wasser NRW  
1445 schafft Schutz des Lebensmittels Nr. 1 und stärkt die Wasser-  
1446 wirtschaft

1447

1448 Biologische Vielfalt erhalten- Erhalt der Biodiversität durch  
1449 konkrete Ziele beim Artenschutz

1450

1451 Boden schützen - Flächenverbrauch reduzieren

1452

1453 Agrarpolitik nachhaltig gestalten -

1454 Landwirtschaftspolitik muss stärker Politik für den ländlichen  
1455 Raum werden.

1456

1457 IV.1. Ressourcen sichern und sparsamer nutzen

1458

1459



## Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD am 25. April 2009 Halle, Gerry Weber – Event & Convention-Center

1460 Die Nachfrage nach Energie und Rohstoffen ist in den vergan-  
1461 genen Jahren immens gewachsen. In den nächsten vierzig Jah-  
1462 ren steigt die Weltbevölkerung von heute sechs auf rund neun  
1463 Milliarden Menschen an. Einige Schwellen- und Entwicklungs-  
1464 länder werden deutlich an Wohlstand gewinnen. Dies wird den  
1465 Bedarf nach Energie und Rohstoffen noch weiter erhöhen. Die  
1466 Auswirkungen sind schon heute zu spüren: allein zwischen  
1467 2000 und 2005 stiegen die Weltmarktpreise für importierte  
1468 Rohstoffe im Euro-Raum um rund 80 Prozent.

1469  
1470 Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes beträgt im ver-  
1471 arbeitenden Gewerbe der durchschnittliche Materialverbrauch  
1472 rund 40 Prozent des Bruttoproduktionswertes, während  
1473 die Lohnkosten nur rund 25 Prozent ausmachen.

1474 Für den Industriestandort NRW ist Ressourceneffizienz folglich  
1475 eine wichtige Grundlage und Chance, um im Wettbewerb der  
1476 Standorte bestehen zu können. Aus der Verantwortung für die  
1477 heutige und die zukünftigen Generationen müssen wir unsere  
1478 begrenzten und schwindenden Ressourcen schonen und  
1479 gleichzeitig eine höhere Produktivität erzielen. Deshalb müs-  
1480 sen wir die Energie- und Materialeffizienz ins Zentrum der po-  
1481 litischen Aufmerksamkeit und ins Zentrum der wirtschaftli-  
1482 chen und wissenschaftlichen Prozesse rücken.

1483 Rohstoff- und Energieproduktivität haben sich in Deutschland  
1484 in den letzten Jahren positiv entwickelt. Das zeigt, dass wir in  
1485 Deutschland und NRW schon heute über beträchtliches Know-  
1486 how verfügen, wie Energie und Ressourcen effizienter genutzt  
1487 werden können. Darauf müssen wir aufbauen, um den Anfor-  
1488 derungen der Zukunft gerecht zu werden. Wenn wir Wirt-  
1489 schaftswachstum und Materialverbrauch entkoppeln wollen,  
1490 müssen wir in vielen Bereichen unsere industrielle Produkti-  
1491 onsweise umgestalten, um die Ressourceneffizienz zu erhöhen.  
1492 Dabei kommt dem verstärkten Einsatz erneuerbarer Rohstoffe  
1493 eine wichtige Bedeu-tung zu. Gleichzeitig braucht NRW Ver-  
1494 sorgungssicherheit bei einer Vielzahl von Rohstoffen. Dies gilt  
1495 für so unterschiedliche Rohstoffe wie z.B. Wasser, Biomasse,  
1496 Kohle, Erz, Kalk, Kies oder Lithium gleichermaßen.

1497  
1498 Neben internationalen Vereinbarungen bedarf es auch für die  
1499 regionale Ebene eines Konzepts zum nachhaltigen Rohstoffe-  
1500 insatz. Durch ein Konzept "Materialeinsatz senken - Ressourcen  
1501 sichern" kann für NRW der Rohstoffbedarf identifiziert und die  
1502 Einsparpotenziale und Maßnahmenfelder benannt werden.  
1503 Dadurch kann NRW die Technologieführerschaft auf Zukunfts-  
1504 märkten ausbauen. Auf Basis der Ziele, Maßnahmen und An-  
1505 gebote der Bundesregierung müssen dabei auch für NRW kon-  
1506 krete Minderungsziele benannt.

1507  
1508 Kernbestandteile eines Konzeptes "Materialeinsatz senken -  
1509 Ressourcen sichern" sind:

- 1510 • Die Erforschung, Entwicklung und Anwendung von Res-  
1511 sourceneffizienz muss ressortübergreifend gefördert wer-  
1512 den. Das stärkt Wirtschaftsstrukturen und schafft neue  
1513 Arbeitsplätze in NRW.
- 1514 • Die Mittel für die Effizienzberatung der kleinen und mitt-  
1515 leren Unternehmen sind zu erhöhen. Materialeffizienz und  
1516 Energieeffizienz sind der Schlüssel zu Klimaschutz und  
1517 Wettbewerbsfähigkeit gerade der kleinen und mittleren  
1518 Unternehmen. Unternehmer wie die Arbeitnehmerinnen  
1519 und Arbeitnehmer sind so weiter zu qualifizieren, dass

1520

## Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD am 25. April 2009 Halle, Gerry Weber – Event & Convention-Center

- 1521 Ressourceneffizienz im Betriebs- und Produktionsablauf  
1522 steigen.
- 1523 • Für NRW muss eine Biomassestrategie entworfen werden,  
1524 die alle brach liegenden Potenziale in der Land- und Forst-  
1525 wirtschaft nutzt. Der Wald muss endlich besser zur nach-  
1526 haltigen Energieversorgung genutzt werden. Deshalb ist  
1527 der Staatswald zu erhalten und sind die kleinen Waldbe-  
1528 sitzer durch die Förster besser zu unterstützen.
  - 1529 • Industrie und Handwerk sind dabei zu unterstützen,  
1530 knappe und endliche Ressourcen sukzessive durch nach-  
1531 wachsende Rohstoffe zu ersetzen.
  - 1532 • Bei der öffentlichen Beschaffung müssen vor allem res-  
1533 sourceneffiziente Produkte und Technologien zum Einsatz  
1534 kommen. Dies schont Ressourcen und stimuliert gleichzei-  
1535 tig Innovationen und Investitionen in Ressourceneffizienz.
  - 1536 • Verbraucherinnen und Verbraucher sind über ressour-  
1537 ceneffiziente Produktionsverfahren und Produkte aufzu-  
1538 klären. Dies unterstützt die Entwicklung neuer Märkte.
  - 1539 • Abfall- und Kreislaufwirtschaft müssen weiter zu einer  
1540 Stoffstromwirtschaft entwickelt werden. Durch konse-  
1541 quente Getrennthaltung, das Recycling oder die energeti-  
1542 sche Nutzung von Abfällen müssen die im Abfall gebun-  
1543 denen Stoffe, Materialien und Energie wieder gewonnen  
1544 werden, um den Ressourcenverbrauch zu verringern.
  - 1545 • Für ein dicht besiedeltes Industrieland wie NRW ist der  
1546 nachhaltige Umgang mit der vorhandenen Fläche von be-  
1547 sonderer Bedeutung. Wir werden den Flächenverbrauch  
1548 reduzieren und in der Landesplanung dem nachhaltigen  
1549 Flächenmanagement einen besonderen Stellenwert ein-  
1550 räumen.

### 1551 1552 IV.2. Umweltschutz ist Gesundheitsschutz - Feinstaub und 1553 Lärm reduzieren

1554  
1555 Wer arm ist, lebt häufiger in einer Umwelt, die krank macht. In  
1556 Deutschland entscheidet der soziale Status mit darüber, ob  
1557 und in welchem Umfang Kinder, Jugendliche und Erwachsene  
1558 von einer schlechten Umweltqualität belastet sind. Sozial- und  
1559 umweltepidemiologische Studien der vergangenen Jahre bele-  
1560 gen, dass sozial schwächere Menschen in Deutschland häufiger  
1561 an stark befahrenen Durchgangsstraßen leben als sozial besser  
1562 gestellte Menschen und somit Gesundheitsbeeinträchtigungen  
1563 - wie Lärm und Abgasen - stärker ausgesetzt sind.

1564 Feinstaub verursacht schwere Gesundheitsschäden und ein  
1565 Ansteigen der Sterblichkeitsrate infolge von Herz-Kreislauf-Er-  
1566 krankungen und Lungenkrebs. Durch Feinstaub wird die  
1567 durchschnittliche Lebenszeit verkürzt. Die geltenden Grenz-  
1568 werte der Feinstaubbelastung werden in verkehrsreichen Stra-  
1569 ßen immer wieder überschritten. Kommunen und Länder, in  
1570 denen diese Werte nicht eingehalten werden konnten, haben  
1571 inzwischen Luftreinhalte- und Aktionspläne erarbeitet. Die  
1572 erste Umweltzone in NRW wurde in Köln eingerichtet. Die  
1573 Kommunen im Ruhrgebiet hatten sich auf eine einheitliche  
1574 Umweltzone geeinigt, die die Landesregierung verhindert hat.  
1575 Mit dieser Absage an eine einheitliche Umweltzone im Ruhr-  
1576 gebiet hat die Landesregierung einen unüberschaubaren Flick-  
1577 entepfich von wirkungslosen Mini-Fahrverbotszonen instal-  
1578 liert. Dies führt zu Bürokratismus und zu Verunsicherungen bei  
1579 den Menschen.

1580  
1581

## Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD am 25. April 2009 Halle, Gerry Weber – Event & Convention-Center

1582 Die Anforderungen für die Reduzierung von Feinstäuben wer-  
1583 den in Zukunft noch wachsen. In der Europäischen Union gel-  
1584 ten ab 2015 weitergehende rechtlich verbindliche Grenzwerte  
1585 zum Gesundheitsschutz der Menschen. Die Umsetzung muss  
1586 deshalb schon heute angegangen werden

1587 In Deutschland fühlt sich inzwischen jeder Dritte durch Flug-  
1588 lärm belästigt. Rund 80 Prozent der Bürgerinnen und Bürger  
1589 empfinden Verkehrslärm als sehr störend. Insbesondere Famili-  
1590 lien mit geringen Einkommen, die an Verkehrsschneisen woh-  
1591 nen müssen, werden durch Lärm in ihrer Lebensqualität massiv  
1592 beeinträchtigt. Im beruflichen Bereich ist die Lärmschwerhö-  
1593 rigkeit die zahlenmäßig häufigste Berufskrankheit.

1594

1595 Um die Zahl der Menschen, die regelmäßig erheblichem Lärm  
1596 ausgesetzt sind, deutlich zu verringern, muss Lärmbekämpfung  
1597 am Ort des Entstehens betrieben werden, vor allem im Luft-,  
1598 Straßen- und Schienenverkehr. Technische Verbesserungen  
1599 sind die effizientesten und dauerhaftesten Methoden, um  
1600 Lärm zu mindern. Um hohe Belastungen rasch abzubauen, ist  
1601 aber auch die Lärmsanierung durch bauliche Lärmschutzmaß-  
1602 nahmen entlang von bestehenden Straßen und Schienen und  
1603 im Umland von Flughäfen wichtig. Das verabschiedete Flug-  
1604 lärmgesetz ist dabei ein erster Schritt.

1605

1606 Wir setzen uns daher für einen fairen Ausgleich zwischen der  
1607 Notwendigkeit eines leistungs-fähigen Luftverkehrs und den  
1608 Interessen der betroffenen Anwohner ein. Dem Schutz der  
1609 Flughafenanlieger vor nächtlichem Fluglärm dienen

- 1610 • "aktive" Lärmschutzmaßnahmen: der Flugbetrieb wird  
1611 eingeschränkt und durch die Genehmigung z.B. in be-  
1612 stimmten Nachtstunden gänzlich untersagt. Es können  
1613 auch Grenzwerte festgelegt werden dafür, wie laut die  
1614 Maschinen maximal sein dürfen, die (zu bestimmten Zei-  
1615 ten) den jeweiligen Flughafen benutzen dürfen.
- 1616 • "passive" Lärmschutzmaßnahmen: bauliche Verbesserun-  
1617 gen an den Wohnungen und Häuser der Anlieger, damit in  
1618 den Schlafräumen ein zumutbarer Lärmpegel durch den  
1619 Flugbetrieb nicht überschritten wird.

1620

1621 Die SPD setzt sich für ein Konzept "Lärm- und Feinstaub redu-  
1622 zieren - Gesundheit schützen" ein. Deshalb liegen wir unsere  
1623 Schwerpunkte auf folgende Bereiche:

- 1624 • Wir wollen ein Lärmsanierungsprogramm auf Bundes- und  
1625 Landesebene, das Lärm von Flugzeugen, Fahrzeugen und  
1626 von der Schiene konsequent eindämmt. Dazu wollen wir  
1627 die Lärmschutzzonen an Flughäfen ausweiten und die  
1628 neuen Lärmschutzverordnung umsetzen. Wir wollen, wie  
1629 am Flughafen Köln/Bonn auch an anderen Flughäfen frei-  
1630 williges Schallschutz-programm der Flughafen-Gesell-  
1631 schaft zum Einbau von Schallschutzfenstern, Dämmung  
1632 der Rolladenkästen und Einbau von Belüftungsgeräten in  
1633 Schlafräumen unterstützen.
- 1634 • Wir setzen uns für eine nach Schadstoffausstoß und Uhr-  
1635 zeit gestaffelte LKW-Maut ein.
- 1636 • Wir wollen endlich eine KFZ-Steuer, die ausschließlich an  
1637 den Schadstoffausstoß ge-koppelt ist.
- 1638 • Wir setzen uns für die weitere Senkung der Emissionen aus  
1639 Feuerungs- und Industrieanlagen.
- 1640 • Wir wollen klare Regeln für Umweltzonen in NRW, denn  
1641 dieser Umweltschutz ist Gesundheitsschutz für die Men-  
1642 schen in den betroffenen Regionen

## Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD am 25. April 2009 Halle, Gerry Weber – Event & Convention-Center

- 1643 • Wir wollen eine bessere Unterstützung der Kommunen bei  
1644 der Bekämpfung von Feinstaub, die schwarz-gelbe Lan-  
1645 desregierung lässt die Kommunen im Regen stehen  
1646 • Wir wollen, dass in den stark belasteten Bereichen der  
1647 ÖPNV unterstützt wird statt ihn zu kürzen. Die Kürzungen  
1648 der Landesregierung sind hier das völlig falsche Signal  
1649

### 1650 IV.3 Wasser ist Lebensmittel Nr. 1 und wichtige Ressource

1651

1652 Sauberes Trinkwasser ist unser wichtigstes Lebensmittel und  
1653 für jeden Menschen unverzichtbar. Die Menschen haben ein  
1654 Recht auf sauberes und gesundes Trinkwasser. Nordrhein-  
1655 Westfalen verfügt über zahlreiche Wasservorkommen. Trotz  
1656 hoher Siedlungsdichte und der industriell geprägten Wirt-  
1657 schaft verfügen 18 Millionen Menschen über eine sichere  
1658 Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung. Die Trink-  
1659 wasserversorger und Abwasserentsorger gewährleisten dies  
1660 bislang auf höchstem Niveau.

1661

1662 Trotzdem muss die Ressource Wasser kontinuierlich vor Ver-  
1663 unreinigungen geschützt werden. Dabei müssen beispiels-  
1664 weise den Herausforderungen des demografischen Wandels  
1665 ebenso Rechnung getragen werden wie den Veränderungen  
1666 durch den Klimawandel. Der Anfall von Regenwasser und  
1667 Hochwasser wird sich weiter verändern. Experten prognosti-  
1668 zieren langfristig häufigere Starkregenereignisse aber auch  
1669 längere Trockenperioden. Unsere Infrastruktur muss diesen  
1670 neuen Gegebenheiten angepasst werden.

1671 Unsere Gewässer prägen sowohl die nordrhein-westfälischen  
1672 Natur- als auch die Kulturland-schaft. Sie dienen vielen Tieren  
1673 und Pflanzen als Lebensräume und bieten vielerorts Nah-her-  
1674 holungsmöglichkeiten – das ist gerade in so einer dicht besie-  
1675 delten Region wie NRW sehr wichtig. Die Belange von Mensch  
1676 und Tourismusbranche müssen dabei im Einklang mit Um-  
1677 weltgesichtspunkten stehen. Von der Politik gesetzte hohe  
1678 Standards haben die stetige Weiterentwicklung effizienter und  
1679 umweltschonender Technologien forciert.

1680

1681 Die SPD-Landtagsfraktion hat bereits mehrfach die Bedeutung  
1682 des Wassers für NRW betont. Unter der rot-grünen Landesre-  
1683 gierung wurde 2002 die WWI als Informations- und Netzwerk-  
1684 plattform der nordrhein-westfälischen Wasser- und Abwasser-  
1685 wirtschaft gestartet.

1686

1687 Die SPD Landtagsfraktion hat einen Masterplan Wasser be-  
1688 schlossen, der die wesentlichen Herausforderungen und Hand-  
1689 lungsfelder benennt.

1690 Die SPD setzt sich dabei dafür für ein, NRW dauerhaft zum  
1691 Wasserland Nr. 1 zu machen.

1692

1693 Schwerpunkte müssen dabei auf folgende Bereiche gelegt  
1694 werden:

- 1695 • Wasserforschung und Energiegewinnung

1696

1697 Forschung und Entwicklung sind Motor des Fortschritts auf  
1698 dem Gebiet der neuen Technologien in den Bereichen Trink-  
1699 wasseraufbereitung und Abwasserbehandlung. Die Kompe-  
1700 tenzen müssen ausgebaut, eine engere Verzahnung unterein-  
1701 ander sowie mit der Wirtschaft gefördert werden. Eine aus-  
1702 kömmliche, dauerhafte Finanzierung muss gewährleistet wer-  
1703 den.

## **Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD am 25. April 2009 Halle, Gerry Weber – Event & Convention-Center**

1704 Gleichzeitig muss in Zeiten dramatisch steigender Energiekos-  
1705 ten und dem Bestreben, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu reduzieren, jede  
1706 Möglichkeit zur Nutzung regenerativer Energien im Wasserbe-  
1707 reich geprüft werden. Die Erforschung vielfältiger Technolo-  
1708 gien zur Energiegewinnung etwa im Umfeld von Kläranlagen  
1709 aber auch zur gewässerträglichen Nutzung der Wasserkraft  
1710 muss forciert werden.

- 1711 • Trinkwasser/Abwasser

1712

1713 Wasser ist Lebensmittel Nr. 1 und muss allen Bürgern in  
1714 höchster Qualität zur Verfügung stehen. Der Einsatz entspre-  
1715 chender Technologien ist ebenso Voraussetzung wie ständige,  
1716 kompetente Überwachung der Wasserqualität. Gleichzeitig  
1717 muss der verantwortungsvolle, schonende Umgang mit der  
1718 Ressource Wasser gewährleistet und der Eintrag von schädli-  
1719 chen Spurenstoffen minimiert werden. Die bestehende Infra-  
1720 struktur muss daher in Stand gehalten bzw. an die sich verän-  
1721 dernden Rahmenbedingungen angepasst werden. Der Eintrag  
1722 von Pflanzenschutzmitteln und Düngern durch die Landwirt-  
1723 schaft muss reduziert werden. Hier sollen gemeinsam mit den  
1724 Wasserversorgern Initiativen für umweltfreundliche Alternati-  
1725 ven unterstützt werden.

1726 Wir wollen eine Versickerungsoffensive für Regenwasser star-  
1727 ten, die Entsiegelungen von Flächen unterstützt. Dachbegrü-  
1728 nungen, Sickerpflaster und Teiche die Verdunstung erleichtern.

- 1729 • Gewässerökologie und Freizeit

1730

1731 Die nordrhein-westfälischen Gewässer dienen vielen Bürgern  
1732 für Naherholung oder auch sportliche Betätigung. Gleichzeitig  
1733 sind sie Lebensraum verschiedenster Tier- und Pflanzenarten  
1734 und bedürfen eines entsprechenden Schutzes. Die Interessen  
1735 von Mensch und Natur müssen in ein entsprechendes Gleich-  
1736 gewicht gesetzt werden.

1737

### 1738 IV.4 Biologische Vielfalt und Klima gemeinsam schützen

1739

1740 Naturschutz und Klimaschutz sind zwei Seiten einer Medaille.  
1741 Der Klimawandel wird zu einer zusätzlichen Gefährdung der  
1742 Biologischen Vielfalt führen. Bereits heute lassen sich die Aus-  
1743 wirkungen des Klimawandels beobachten. Die Apfelblüte fin-  
1744 det im Durchschnitt zehn Tage früher als noch in den sechziger  
1745 Jahren statt. Für Wildpflanzen und -arten bedeutet die Erwär-  
1746 mung häufig, dass sich Verbreitungsgebiete nach Norden und  
1747 in höhere Lagen verschieben. Ökosysteme und funktionelle  
1748 Zusammenhänge werden so stark gestört und verändert. wer-  
1749 den.

1750

1751 Laut IPCC wird bei anhaltendem Klimawandel ein Drittel aller  
1752 Arten bis zum Ende des Jahrhunderts ausgestorben sein. Auch  
1753 in Nordrhein-Westfalen hat der Klimawandel konkrete Folgen.  
1754 72 Prozent aller Lebensraumtypen gelten als gefährdet. Von  
1755 den einheimischen Tierarten Deutschlands sind 33 Prozent,  
1756 von den Farn- und Blütenpflanzenarten sind 26 Prozent be-  
1757 standsgefährdet. Der Verlust biologischer Vielfalt wird be-  
1758 schleunigt, wenn nicht die nötigen Schritte unternommen  
1759 werden.

1760 Die biologische Vielfalt ist auf vielfältige Art und Weise durch  
1761 den Menschen bedroht. Zu den wichtigsten Gefahren gehören  
1762 die direkte Zerstörung von Lebensräumen (z. B. Bau von Sied-  
1763 lungen und Infrastrukturen), die Übernutzung und Degradati-  
1764 on (z. B. Zerschneidung von Lebensräumen, Pestizideinsatz,

## **Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD am 25. April 2009 Halle, Gerry Weber – Event & Convention-Center**

1765 Schadstoffeinträge) durch Gewässerverschmutzung, nicht-  
1766 nachhaltiger Tourismus/Fremdenverkehr, nicht-nachhaltige  
1767 Landwirtschaft, nicht-nachhaltige Fischerei und Jagd)

1768

1769 Ein effektiver Naturschutz kann die Auswirkungen der Klima-  
1770 veränderungen abschwächen und zum Schutz des Menschen  
1771 vor den Auswirkungen von Extremereignissen und Naturkata-  
1772 strophen beitragen. Gleichzeitig ermöglicht uns die Artenviel-  
1773 falt auch viele ökonomische Chancen. Denn der wirtschaftliche  
1774 Wert der weltweiten Ökosystemdienstleistungen wird von der  
1775 Weltnaturschutzunion IUCN auf 16 bis 64 Billionen US-Dollar  
1776 jährlich geschätzt. 40 bis 50 Prozent der zugelassenen medizi-  
1777 nischen Produkte nutzen pflanzliche oder tierische Ausgangs-  
1778 stoffe.

1779 voran.

1780

1781 Die Landschaften spiegeln die Traditionen der dort lebenden  
1782 Menschen wider. Das abwechslungsreiche Bild der Landschaf-  
1783 ten hat sich über Jahrhunderte aus der Arbeit der Menschen  
1784 mit den natürlichen Standortbedingungen entwickelt. Diese  
1785 Kulturlandschaften zeichnen sich auch durch besondere Tier-  
1786 und Pflanzenwelten aus. Dies alles wird zugleich als Heimat  
1787 empfunden, mit einer großen emotionalen und sozialen Be-  
1788 deutung. Die Kulturland-schaft und damit das Gesicht unserer  
1789 Heimat ist durch die Industrialisierung der Landwirtschaft und  
1790 den Klimawandel bedroht. Dies betrifft auch die Lebensräume  
1791 und die Lebensgemeinschaften der Pflanzen- und Tierarten.

1792

1793 Die CDU/FDP Landesregierung in NRW hat den Naturschutz  
1794 und die Biologische Landwirtschaft nur unter den Interessen  
1795 der Großagrariar und der Industrie betrachtet. Wir werden die  
1796 massiven Einschnitte beim Naturschutz in NRW zurücknehmen  
1797 und eine „NRW Strategie zur Biologischen Vielfalt“ entwickeln,  
1798 die analog zur Nationalen Strategie zur biologi-schen Vielfalt  
1799 konkrete Ziele benennt. Wir müssen alle gesellschaftlichen  
1800 Kräfte mobilisieren und bündeln, um die Gefährdung der bio-  
1801 logischen Vielfalt im ersten Schritt zu verringern, und zukünf-  
1802 tig zu stoppen. Fernziel muss es sein, dass die biologische Viel-  
1803 falt einschließlich der regionaltypischen Besonderheiten wie-  
1804 der zunimmt.

1805

1806 Kernpunkte dieser Strategie müssen sein

- 1807 • Wir wollen, dass die Bewahrung der Kulturlandschaften  
1808 als zentrale Aufgabe der Landesplanung auf regionaler  
1809 und lokaler Ebene wahrgenommen wird.
- 1810 • Wir wollen, dass das Schutzgebietsnetzwerk der Natura  
1811 2000 mit Managementplänen aktiv begleitet wird und hier  
1812 Trittstufen für die mit dem Klimawandel verbundene  
1813 Wanderung von Arten ausgebaut werden
- 1814 • Wir wollen eine positive Kommunikation zu Schutzge-  
1815 bietsnetzwerken unterstützen. Wir werden nicht wie die  
1816 CDU und FDP Feldhamster für Medienkampagnen miss-  
1817 brauchen. Für uns stehen der Erfolg von Naturschutz und  
1818 der Erhalt der Artenvielfalt im Zentrum.
- 1819 • Wir wollen “Nationale Naturlandschaften&rdquo; – Na-  
1820 tionalparke, Naturparke und Biosphä-renreservate – wei-  
1821 terentwickeln. Wir brauchen deshalb eine ökologische  
1822 Qualitätsoffensive in Deutschlands Großschutzgebieten,
- 1823 • Wir wollen das nationale Naturerbe dauerhaft bewahren.  
1824 Ökologisch hochwertige Flächen im Eigentum des Bundes  
1825 dürfen nicht privatisiert werden. Deshalb sind 125.000

## Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD am 25. April 2009 Halle, Gerry Weber – Event & Convention-Center

1826 Hektar wertvoller Natur von der Privatisierung ausgenom-  
1827 men. Wir fordern die Länder auf, dem Beispiel des Bundes  
1828 zu folgen und ökologisch hochwertiger Flächen in Landes-  
1829 eigentum nicht zu verkaufen.

1830

### 1831 IV.5 Boden schützen und Flächenverbrauch reduzieren

1832

1833 Der Boden stellt einen entscheidenden, unvermehrba-  
1834 ren und unverzichtbaren Faktor dar – nicht nur für die Produktion son-  
1835 dern auch als CO<sub>2</sub> Speicher und als Freifläche als Erholungs-  
1836 raum für Menschen gerade in so dicht besiedelten Regionen  
1837 wie NRW.

1838

1839 Der Schutz des Bodens gewinnt mit Blick auf die Ressourcen-  
1840 knappheit, den Erhalt der Biodiversität und der zukünftigen  
1841 landwirtschaftlichen Produktion eine zentrale politische Be-  
1842 deutung.

1843

1844 Durch die Versiegelung des Bodens und die Zerschneidung der  
1845 Landschaft geht täglich dauerhaft natürlichen Bodenfunktio-  
1846 nen, wie auch das Potenzial für Arten und Biotope verloren. Die  
1847 Folgen sind langfristig und oftmals irreparabel: Neben der un-  
1848 mittelbaren Schädigung und dem Verlust fruchtbarer Böden  
1849 wird der Wasserhaushalt beeinträchtigt, mit der Folge einer  
1850 wachsenden Hochwassergefahr und einer gestörten Grund-  
1851 wasserneubildung. Biotope werden geschädigt oder zerstört,  
1852 Landschaften werden zerschnitten, viele Wälder sowie agrar-  
1853 isch genutzte Ökosysteme sind nicht mehr oder nur noch ein-  
1854 geschränkt als Lebensraum für Tiere mit größeren Aktionsra-  
1855 dien tauglich. Die verloren gehenden Äcker, Wiesen und Wäl-  
1856 der fehlen nicht nur den Bauern als Produktionsgrundlage,  
1857 sondern sie werden zu großen Teilen versiegelt und können  
1858 ihre Funktion im Umwelthaushalt nicht mehr erfüllen. Für den  
1859 Menschen gehen wichtige Erholungsräume sowie das Emp-  
1860 finden dafür was „Heimat“ ausmacht verloren.

1861 Die Inanspruchnahme neuer Flächen für Siedlung und Verkehr  
1862 geht nicht nur zu Lasten der Natur- und Kulturlandschaft.  
1863 Immer deutlicher werden die sozialen und ökonomischen Fol-  
1864 gen des Landschaftsverbrauchs, die ein Umdenken erforderlich  
1865 machen.

1866

1867 Der demografische Wandel bringt vor allem für das kommu-  
1868 nale Flächenmanagement neue Herausforderungen. Wir wer-  
1869 den in NRW in den nächsten Jahren weniger Menschen sein,  
1870 die dafür älter, individueller und internationaler werden. Das  
1871 erforderte erhöhte Aufmerksamkeit für die Entwicklung des  
1872 Bestandes und das Einstellen auf die Veränderung in der Nach-  
1873 frage.

1874

1875 Städte und Gemeinden weisen weiterhin neue Wohngebiete  
1876 aus, obwohl die Bevölkerung bereits heute regional zum Teil  
1877 deutlich abnimmt. Schrumpfungprozesse und Wachstum von  
1878 Städten und Gemeinden werden in den nächsten Jahren in  
1879 NRW nebeneinander stattfinden. Es gibt tendenziell einen  
1880 Wettbewerb um Einwohner, der vor allem über die Neuaus-  
1881 weisung von Wohngebieten ausgetragen wird. Nicht jedes neu  
1882 ausgewiesene Wohngebiet bringt auch automatisch mehr  
1883 Steuereinnahmen für den kommunalen Haushalt. Hier muss  
1884 genau geplant werden.

1885

1886

## Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD am 25. April 2009 Halle, Gerry Weber – Event & Convention-Center

1887 Die SPD setzt sich dabei dafür für ein, in NRW den Flächenver-  
1888 brauch drastisch zu senken

1889 Wir wollen weniger Flächen verbrauchen und die Zerschnei-  
1890 dung von Landschaften minimieren. Dazu brauchen wir ein ge-  
1891 zieltes Umsetzungsprogramm für NRW mit klaren Zielen und  
1892 Maßnahmen. Wichtige Anregungen sind dabei schon von der  
1893 Bundesregierung und dem Umweltbundesamt erarbeitet wor-  
1894 den. Kernpunkte sollten sein

- 1895 • Weitere Umsetzung der Maßnahmen, die bereits im Kli-  
1896 maschutzkonzept der SPD-geführten Landesregierung für  
1897 die Siedlungs- und Landschaftsplanung festgelegt worden  
1898 sind
- 1899 • eine Stärkung der Städtebauförderung mit dem Ziel, die  
1900 Wohnumfeldqualität in bestehenden Siedlungen spürbar  
1901 zu verbessern,
- 1902 • eine verstärkte Ausrichtung aller Wirtschafts- und Agrar-  
1903 förderprogramme auf die Nutzung bestehender Siedlun-  
1904 gen sowie die Wiedernutzung innerörtlicher Brachflächen  
1905 und Baulücken;
- 1906 • eine weitere Förderung der Aufarbeitung von Industrieb-  
1907 rachen
- 1908 • ein Reform des Systems der Kommunal Finanzen, um An-  
1909 reize zur weiteren Ausweisung von Siedlungsflächen zu  
1910 dämpfen und stattdessen die ökologische Aufwertung von  
1911 Flächen zu honorieren;
- 1912 • eine Unterstützung aller Kommunen bei der Abschätzung  
1913 der Kostenentwicklung von Wohnungsgebieten wie sie  
1914 vom Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung  
1915 mit dem Projekt LEANkom entwickelt wurde
- 1916 • eine Unterstützung der Kommunen bei einem Einstellen  
1917 auf die demografischen Veränderungen und flächenscho-  
1918 nende Steuerung des Wettbewerbes um Einwohner.

1919  
1920 IV.6 Ländliche Räume stärken und umweltfreundliche Land-  
1921 wirtschaft stützen

1922  
1923 Die EU-Agrarpolitik wird ab 2013 sich stärker am Markt orien-  
1924 tieren und ihr wird insgesamt weniger Finanzmittel zur Verfü-  
1925 gung stehen. Ein Großteil der NRW-Agrarbetriebe, z.B. in Eifel,  
1926 Sauerland und Bergischen Land wird sich dann im internatio-  
1927 nalen Wettbewerb um das preisgünstigste landwirtschaftliche  
1928 Produkt nicht behaupten können. Der Liberalisierung der  
1929 Agrarmärkte darf aber keinesfalls dazu führen, dass die land-  
1930 wirtschaftliche Produktion in den benachteiligten Regionen  
1931 unseres Landes gefährdet ist. Denn dann wären zugleich die  
1932 Leistungen der Landwirte für den Erhalt von Natur und Land-  
1933 schaft und zum Schutz der Umwelt nicht mehr gewährleistet.  
1934 Diese Leistungen müssen wir im Rahmen einer auf Nachhaltig-  
1935 keit ausgerichteten Agrarpolitik künftig stärker entlohnen und  
1936 gestalten.

1937 Die SPD will die Allianz von Stadt und Land stärken: Wer eine  
1938 gute Politik für die Menschen in den ländlichen Räumen ma-  
1939 chen möchte, muss neben einer nachhaltigen Landwirt-  
1940 schaftspolitik vor allem auch die Entwicklung von Wertschöp-  
1941 fung und Infrastruktur im ländlichen Raum fördern. Die SPD  
1942 steht für eine Politik, die die Landwirtschaftspolitik in eine „Po-  
1943 litik für die ländlichen Räume“ integriert. Diese ermöglicht erst  
1944 Antworten, auf die Herausforderungen für den ländlichen  
1945 Raum wie die demographischen Veränderungen, den wirt-  
1946 schaftlichen Strukturwandel, veränderte Gesellschaftsbedin-  
1947 gungen sowie ökologischen Wandel zu finden.



## Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD am 25. April 2009 Halle, Gerry Weber – Event & Convention-Center

1948 Dies setzt voraus, dass wird die Maßnahmen in der so genann-  
1949 ten „Zweiten Säule“ des EU-Agrarfonds verlässlich finanzieren,  
1950 um in Zukunft Programme für eine multifunktionale, flächen-  
1951 deckende und umweltfreundliche Landbewirtschaftung be-  
1952 zahlen zu können. So können die Landwirte ihre Aufgabe und  
1953 Funktion erfüllen, die Menschen mit gesunden Nahrungsmit-  
1954 teln zu versorgen und als Heger und Pfleger der Landschaft zu  
1955 wirken, Eine Möglichkeit da-für ist die schrittweise verstärkte  
1956 Modulation der Direktzahlungen der EU-Agrarhilfen.

1957 Dazu gehört, dass wir auf Landesebene den Wettbewerb um  
1958 Qualität, Sicherheit und Nach-haltigkeit aufnehmen. Dies kann  
1959 durch die Förderung von regionalen Märkten und regionalen  
1960 Produkten und einer Stärkung der Nachfrage nach Ökoproduk-  
1961 ten geschehen.

1962

1963 Ländliche Räume sind in weiten Teilen Naturräume oder na-  
1964 turnahe Räume. Daraus ergeben sich besondere Anknüpfungs-  
1965 punkte für die wirtschaftliche Entwicklung. Die in Nordrhein-  
1966 Westfalen vorzufindenden Kulturlandschaften, Naturdenkmä-  
1967 ler oder Waldgebiete bieten verschiedenste Möglichkeiten, um  
1968 Wertschöpfungsketten/Cluster zu entwickeln, die an diese Na-  
1969 turräume und deren Rohstoffe anknüpfen.

1970

1971 Die SPD wird mit ihrem Programm "Stadt und Land – eine Alli-  
1972 anz für die Zukunft" dafür sorgen, dass die Landwirtschaftspo-  
1973 litik in eine Politik für die ländlichen Räume integriert wird und  
1974 verstärkt Umweltmaßnahmen gefördert werden.

1975 • Wir wollen eine Neuausrichtung der europäischen Agrar-  
1976 politik, die stärker auf die Entwicklung ländlicher Räume  
1977 statt auf die Einzelförderung großer landwirtschaftlicher  
1978 Betriebe setzt. Dazu müssen vor allem Mittel aus der 1.  
1979 Säule des EU-Agrarhaushaltes in die zweite Säule verlagert  
1980 werden.

1981 • Bei der Erzeugung von Nahrungsmitteln müssen die Inter-  
1982 essen der Verbraucherinnen und Verbraucher in den Mit-  
1983 telpunkt des Handelns gestellt werden. Dazu soll es in  
1984 NRW bei der Produktion zu einer Qualitätsoffensive kom-  
1985 men.

1986 • Wir wollen eine flächendeckende, umweltschonende  
1987 Landwirtschaft, die den Arten-reichtum unserer Kultur-  
1988 landschaft erhält. Die EU-Agrarmittel sollen vornehmlich  
1989 für die ökologische Leistung der Landwirte verwendet  
1990 werden. Die Gesellschaft ist auf die Dienstleistungen der  
1991 Landwirte im Naturschutz und in der Landschaftspflege  
1992 angewiesen. Der Flächenverbrauch und die Zerschneidung  
1993 von Landschaften sind zu minimieren.

1994 • Die Landschaftsplanung auf regionaler und lokaler Ebene  
1995 muss die Bewahrung der Kulturlandschaften als zentrale  
1996 Aufgabe wahrnehmen.

1997 • Die Maßnahmen in der Agrarpolitik des Landes müssen  
1998 Leistungen der Landwirtschaft zur Erhaltung der Kultur-  
1999 landschaft fördern. Durch konkrete Zielvereinbarungen  
2000 gemäß den Biodiversitätszielen der Bundesregierung soll  
2001 auch in NRW verstärkt die Artenvielfalt geschützt werden.

2002 • das Land muss die Erzeuger und Verbraucher durch die  
2003 Förderung von regionalen Märkten und regionalen Pro-  
2004 dukten unterstützen.

2005 • Ökoprodukte werden immer stärker nachgefragt. NRW  
2006 kann diese Nachfrage aus eigener Produktion nicht de-  
2007 cken. Mit einem Programm werden wir diesen Zukunfts-  
2008 markt so unterstützen, dass die Zahl der ökologisch wirt-

## Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD am 25. April 2009 Halle, Gerry Weber – Event & Convention-Center

- 2009 schaftenden Landwirte steigt und die Eigenversorgung mit  
2010 Ökoprodukten gestärkt wird.
- 2011 • Wir müssen die Chancen in den ländlichen Räume, die sich  
2012 in den Bereichen Tourismus, erneuerbare Energien und  
2013 Forst- und Holzwirtschaft ergeben, gezielt nutzen, um  
2014 damit Beschäftigung zu fördern.  
2015  
2016
- 2017 V. Verkehr richtig lenken  
2018
- 2019 Der Güterverkehr wird nach Schätzungen des Bundesministe-  
2020 riums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung bis zum Jahr  
2021 2025 um bis zu 75 Prozent zunehmen.  
2022
- 2023 Staus schaden unserer Volkswirtschaft. Sie verursachen Ver-  
2024 kehrsunfälle, sie nerven und senken die Lebensqualität.  
2025
- 2026 Andererseits: Logistik bietet als einer der am stärksten wach-  
2027 senden Wirtschaftsbereiche Chancen und Risiken. Eine hoch  
2028 arbeitsteilige Gesellschaft wie das stark exportorientierte NRW  
2029 ist angewiesen auf den funktionierenden Austausch von Gü-  
2030 tern.
- 2031 Verkehr braucht Akzeptanz. Die Bürger nehmen Verkehr aber  
2032 zunehmend als Belastung wahr. Unsere Straßen sind zu voll.  
2033 Daher brauchen wir Entlastungen durch sinnvollen Ausbau  
2034 unserer Straßen, eine staumindernde LKW-Mautstaffelung,  
2035 mehr Verkehrslenkung durch Telematik und vor allem durch  
2036 Verkehrsverlagerung von der Straße auf die Schiene und die  
2037 Wasserstraße.  
2038
- 2039 Wir brauchen mehr Kapazitäten im Bereich Schiene. Insbeson-  
2040 dere die Trennung von Güter- und Personenverkehr verspricht  
2041 Entlastung. Wir brauchen jetzt die schnelle Realisierung des  
2042 dritten Gleises auf der Betuwe zwischen niederländischer  
2043 Grenze und Oberhausen. Die Betuwe verbindet Rotterdam mit  
2044 dem Ruhrgebiet. Wir brauchen einen zweigleisigen elektrifi-  
2045 zierten Ausbau des Eisernen Rheines. Damit wir eine wettbe-  
2046 werbsfähige Anbindung des Hafens Antwerpen an das Ruhr-  
2047 gebiet und die Rheinschiene bekommen. Um die notwendige  
2048 Akzeptanz für diese beiden wichtigsten Schienengüterver-  
2049 kehrsstrecken zu erreichen, müssen alternative Finan-zie-  
2050 rungsmodelle jenseits des Eisenbahnwegekreuzungsgesetzes  
2051 gefunden werden, der Lärmschutz und der Bau von Unter- und  
2052 Überführungen müssen gesichert werden.
- 2053 Die Wasserstraßen haben als nahezu einziger Verkehrsträger  
2054 enorme Kapazitäten. Wir brauchen eine Strategie der Verlage-  
2055 rung des enorm wachsenden Güterverkehrs von der Asphalt-  
2056 straße auf die Wasserstraße. Das hilft Staus vermeiden. Gerade  
2057 weil die Seehäfen NRW in Rotterdam und Antwerpen liegen,  
2058 brauchen wir einen Ausbau von Containerverteilzentren in  
2059 deren Hinterland. Binnenhäfen müssen gefördert werden, ihr  
2060 Ausbau vorangetrieben werden. Es müssen genügend Flächen  
2061 für die Binnenhafenwirtschaft zur Verfügung stellen. Das Nut-  
2062 zen von Synergien der Binnenhäfen untereinander ist sinnvoll,  
2063 Zusammenarbeit zu fördern. Hier kann das Land eine Modera-  
2064 torenrolle einnehmen.
- 2065 Bürger, die Busse und Bahnen nutzen, betreiben aktiven Kli-  
2066 maschutz. Es muss erklärtes Ziel einer jeden Landesregierung  
2067 sein, mehr Menschen im bevölkerungs- und verkehrsreichsten  
2068 Bundesland zum Umstieg vom Auto auf Busse und Bahnen zu  
2069 bewegen, weil das Staus vermeidet. Busse und Bahnen müssen

## **Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD am 25. April 2009 Halle, Gerry Weber – Event & Convention-Center**

2070 attraktiv sein. Sie müssen sauber, sicher und günstig sein. Der  
2071 öffentliche Personennahverkehr ist für Sozialdemokraten un-  
2072 verzichtbarer Bestandteil der Daseinsfürsorge.

2073 Weil Mobilität ein Grundrecht ist, brauchen wir ein Sozial-  
2074 ticket. Menschen, die weniger haben, sollen nicht von der Teil-  
2075 nahme am gesellschaftlichen Leben abgehängt werden. Das  
2076 Land darf sich nicht aus seiner Verantwortung stehlen. Wir  
2077 werden die Kommunen bei der Einführung von Sozialtickets  
2078 unterstützen.

2079

2080 „Münster soll überall sein“: Das Fahrradfahren ist eine klimaf-  
2081 reundliche Art der Mobilität, die Geld spart und Staus vermei-  
2082 det. Das Programm „fahrradfreundliche Kommune“, welches  
2083 unter der rot-grünen Landesregierung begonnen worden ist,  
2084 wird fortgesetzt werden. Das Ziel muss sein, dass das Fahrrad-  
2085 fahren so selbstverständlich wie andere Arten des Individual-  
2086 verkehrs wird. Das Fahrrad soll selbstverständlich zum Stadt-  
2087 bild gehören. Es soll nicht nur Hobby sein, sondern auch Fort-  
2088 bewegungsmittel von der Wohnung zur Arbeitsstelle werden.  
2089 Studenten sollen am Fahrrad-Leasing-Programm teilnehmen  
2090 können. Für kleines Geld wird den Studenten ein verkehrssi-  
2091 cheres Zweirad zur Verfügung gestellt. Fahrradstationen an  
2092 Bahnhöfen sollen weiter gefördert und ausgebaut werden.

2093 Die Luftverkehrskonzeption 2010 der rot-grünen Vorgängerre-  
2094 gierung muss fortgeschrieben werden. Es ist unerlässlich für  
2095 die Planungssicherheit von Anwohnern, Beschäftigten und In-  
2096 vestoren, dass das Land jetzt sagt, wo es strategisch hin möch-  
2097 te. Es kann nicht sein, dass mit Blick auf etwaige Probleme im  
2098 Kommunalwahlkampf die schwarz-geführte Landesregierung  
2099 es unterlässt, sich strategisch zur Luftverkehrspolitik zu äußern  
2100 und gleichzeitig die Bundesregierung einen Entwurf zum Flug-  
2101 hafen-konzept vorlegt. NRW muss wieder Position in der aktu-  
2102 ellen Diskussion um den Luftverkehr im verkehrsreichsten Land  
2103 beziehen.

2104